



Angelika Beer MdEP (Hrsg.)
Die Islamische Republik Iran
Gesellschaft, Politik und Staatssystem

Ein Text von
Bahman Nirumand



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Impressum

Angelika Beer MdEP (Hrsg.)
Europäisches Parlament
ASP 8 H 240
Rue Wiertz 60
B - 1047 Brüssel/Belgien
fon: 0032-2-28 45 135
fax: 0032-2-28 49 135
E-Mail: abeer@europarl.eu.int
www.angelika-beer.de

Redaktion: Ali Al-Nasani, Tobias Heider, Karsten Vollrath
Satz und Layout: pathword Freising (D)
Druck: Ulenspiegel Andechs (D)

1. Auflage Januar 2007

Bildnachweis:
© Angelika Beer: S. 4, 5, 18 (unten)
© dpa/picture alliance: S. 8, 11, 13, 14,16, 18, 20, 22 (links), 24, 25 (2x),
29 (2x) , 32
© Gaby Darbyshire: Titel, Rückseite, S. 7 (4x), 22 (rechts)
© QuickBird@DigitalGlobe2006, Distributed by and Courtesy of
Eurimage: S. 31
© Westermann: S. 34

Inhalt

Vorwort von Angelika Beer MdEP	4
1. Welayat-e Faghieh und Republik – ein unlösbarer Widerspruch	6
2. Die Struktur der Macht – Kämpfe im Innern	8
2.1. Religiös-politische Gruppierungen	8
2.2. Justiz und Menschenrechte	10
3. Gescheiterte Reformer: von Chatami zu Ahmadinedschad	12
3.1. Die Ära Chatami	12
3.2. Die Regierung Ahmadinedschad	14
4. Die Zivilgesellschaft	16
4.1. Die Frauen – Keine Reformen ohne sie	16
4.2. Die Jugend – Probleme einer jungen Gesellschaft	18
4.3. Die Studenten	19
4.4. Schriftsteller, Künstler, Filmemacher	20
4.5. Die Journalisten – Arbeit unter Repression	21
4.6. Regierungsunabhängige Organisationen	21
4.7. Das Internet	22
4.8. Potentielle Verbündete der iranischen Zivilbewegung im Ausland	23
4.9. Islamische Reformer – verschiedene Denkrichtungen in Iran	24
5. Die iranische Auslandsopposition	26
5.1. Die Volksmudschahedin	26
6. Die Außenpolitik	28
7. Der Atomkonflikt	30
7.1. Die Rolle der EU – Es gibt keine Alternative zum Dialog	30
7.2. Verhärtete Fronten – Ein schwieriger Ausblick	32
Anhang	34
Literaturhinweise	
Links	
Der Autor	

Vorwort

Angelika Beer, MdEP

Liebe Iran-Interessierte,
Liebe Leserinnen und Leser,

der Iran beherrscht seit Monaten die Schlagzeilen, ob durch den Atomstreit, die Menschenrechtssituation oder die antisemitischen Äußerungen seines Präsidenten Ahmadinedschad. Schlagzeilen in der westlichen Presse werden „gemacht“ – wie so oft geht es dabei nicht um die Sache, sondern es wird versucht, die gesamte iranische Bevölkerung in ein bestimmtes negatives Licht zu setzen.

Genau dies ist der Grund, warum ich Bahman Nirumand gebeten habe, in dem folgenden Text Sachinformationen über das Land zu geben. Denn Ahmadinedschad spricht längst nicht für die Mehrheit der Zivilgesellschaft. Ich freue mich, dass Nirumand das komplizierte Konstrukt von Gesellschaft bis zu Parteien und Opposition für uns aufgefächert hat.

Als Vorsitzende der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments (EP) für die Beziehungen zu Iran erlebe ich auch im Parlament immer wieder, wie groß die Versuchung ist, nach untauglichen Schwarz-Weiß-Mustern zu urteilen. In meiner täglichen parlamentarischen Arbeit versuche ich, das aufzubrechen. Denn selektive oder stereotype Wahrnehmungen führen in der Regel zu politischen Fehleinschätzungen und damit zu falschem politischen Handeln.

Die Iran-Delegation des EP gibt es seit Ende 2004. Der Dialog ist schwierig, aber es ist gelungen, ihn auszubauen. Mit zwei Kollegen habe ich Teheran erstmals 2005 besucht. Die Tagesordnungen unserer Delegationssitzungen sind vielseitig. Es geht um die Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation, um die Situation der Minderheiten, um die außenpolitischen Interessen Irans – und natürlich auch um die Nuklearfrage. Diese Diskussionen fließen in die Arbeit des Unterausschusses Menschenrechte, des Auswärtigen Ausschusses, aber auch in Entschlüsse des EP ein.

Im Oktober 2006 hatten wir erstmals Abgeordnete aus dem Iranischen Parlament (Madschlis) bei uns in Brüssel zu Besuch. Unsere erste interparlamentarische Sitzung war ein großer Erfolg. Es ist gelungen, in sachlicher Atmosphäre über alle – auch konfliktreiche Punkte – zu diskutieren. Gemeinsam waren wir in der Lage, alle Themen, die die Beziehungen zwischen EU und Iran betreffen, in einer offenen und umfassenden Weise zu besprechen. So ist es uns gelungen, Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen festzustellen. Dies ist eine gute Voraussetzung, um die Beziehungen zwischen Iran und Europa zu vertiefen. Wir waren uns alle einig, dass wir mehr aktive Zusammenarbeit und Dialog brauchen. Dies muss von denjenigen kommen, die direkt vom Volk gewählt sind. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft kann zu einem besseren gegenseitigen Verständnis führen und beim Aufbau von Vertrauen in unseren bilateralen Beziehungen eine Rolle spielen. Zukünftig werden wir unser Bestes

geben, damit der Dialog zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und Vertrauen führt.

Und nur zwei Wochen später ist der bekannte oppositionelle iranische Journalist Akbar Ganji offiziell in Straßburg vom EP begrüßt worden. Ganji war im März 2006 nach sechs Jahren Haft in Teheran freigelassen worden. Im Jahre 2000 war er bei seiner Rückkehr von einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin verhaftet worden. Wir hatten uns mehrfach für seine sofortige Freilassung eingesetzt. Umso mehr habe ich mich gefreut, dass Akbar Ganji meine Einladung zum Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg angenommen hat. In seiner Rede lobte Ganji den Einsatz des Europäischen Parlaments für die Menschenrechte in Iran und forderte Europa dazu auf, Menschenrechtsverletzungen zum Kernthema der europäisch-iranischen Beziehungen zu machen. Zu oft werde die Menschenrechtsfrage von Handels- und Energieinteressen und aktuell besonders vom Streit um das iranische Atomprogramm überlagert. Ganji betonte, der Atomkonflikt könne nicht unabhängig von der Menschenrechtsfrage gelöst werden, und warnte davor, ähnlich wie im Fall Libyens Zugeständnisse in der Atomfrage mit Schweigen in der Menschenrechtsfrage zu belohnen.

Die demokratische Bewegung in Iran ist trotz der massiven Unterdrückung lebendig und breit und bedarf der Unterstützung durch den Westen. Präsident Ahmadinedschad hat im Volk keine dauerhafte Basis, sondern verfolgt gerade in der Atomfrage eine Politik populistischer

Versprechungen, die aber auf Dauer nicht einzuhalten sind. Die Menschenrechtssituation ist der "wunde Punkt" des Regimes und muss von uns daher immer wieder angeprangert werden.

In meiner Funktion als sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion und Mitglied des Außen- wie des Verteidigungsausschusses habe ich mich darüber hinaus mit zahlreichen Resolutionen, aber auch diplomatischen Initiativen immer wieder für eine Verhandlungslösung im Atomstreit stark gemacht und den Iran-Streit in den Zusammenhang gestellt, in den er hineingehört: Der Atomstreit kann nur im Rahmen einer dringend notwendigen grundlegenden Reform des Atomwaffensperrvertrags und der Nichtverbreitungspolitik gelöst werden.

Bahman Nirumands Sprache und sein Wissen haben mir die Lektüre dieser Broschüre zu einem wahren Lesevergnügen gemacht. Deshalb möchte ich nicht versäumen, auch auf das aktuelle ausführlichere Buch des Autors „Iran – Die drohende Katastrophe“ und auf seinen monatlich erscheinenden Iran-Report für die Heinrich-Böll-Stiftung hinzuweisen. Ich wünsche mir sehr, dass Sie in dieser kleinen, sachlichen Broschüre die Informationen finden, die es nicht in die täglichen Schlagzeilen schaffen.

Dieses Vorwort möchte ich mit einem Appell an all jene beenden, die an den Dialog als schärfste Waffe glauben: Die Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan ist ein Unikat in Deutschland. Ich appelliere an alle, möglichst viele Städtepartnerschaften mit Iran anzustreben. Der Dialog der Zivilgesellschaft ist die beste Basis, gegenseitiges Verständnis auf- und auszubauen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende und anregende Lektüre.

Ihre

Angelika Beer

Am 9. Oktober 2006 besuchte eine Delegation des iranischen Parlaments das Europaparlament in Brüssel.



Am 24. Oktober 2006 traf Angelika Beer im Europaparlament in Straßburg mit Akbar Ganji zusammen.

1. Welayat-e Faghieh und Republik – ein unlösbarer Widerspruch

Der Name „Islamische Republik“ ist ein Widerspruch in sich. Eine Republik basiert auf dem Willen des Volkes, während ein islamischer Staat seine Befehle von Gott empfängt bzw. sie aus dem Koran und den Anweisungen des Propheten Mohammed bezieht. Derselbe Widerspruch zeigt sich auch in der Verfassung der Islamischen Republik. Diese Verfassung akzeptiert auf der einen Seite die Gewaltenteilung: Es gibt ein direkt vom Volk gewähltes Parlament, auch der Chef der Exekutive, der Staatspräsident, wird direkt vom Volk gewählt. Die dritte Gewalt, die Judikative, ist, formal betrachtet, von der Exekutive und Legislative unabhängig.

Doch dieser formal demokratischen Struktur steht das System des Welayat-e faghieh, der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit, gegenüber. Der erste Mann des Gottesstaates, der immer noch als „Revolutionsführer“ bezeichnet wird, genießt eine uneingeschränkte Macht. Er kann jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz und jede Entscheidung der Regierung zurückweisen. Darüber hinaus gibt es wichtige Instanzen des Staates, die ihm direkt unterstehen. Er ernennt den Chef der Justiz, die Befehlshaber der Armee und der Revolutionswächter und die Mehrheit der Mitglieder des Wächterrats.

Wirtschaftsprofil Iran

Erdöl und Erdgas machten 2005 82 % der iranischen Exporte aus. Hauptabnehmerländer sind Japan (16,6 %), China (11 %), Italien (5,8 %) und Südkorea (5,7 %). Deutschland nimmt weniger als 1,5 % der Exporte ab. Auf der anderen Seite ist Deutschland das wichtigste Lieferland (13,8 %), gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten und China (je 8,3 %), Italien (7 %) und Frankreich (6,2 %). Die wichtigsten Importe sind elektrotechnische Produkte, Maschinen, Eisen und Stahl sowie Fahrzeuge.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Länderprofil Islamische Republik Iran, 2006

Der Wächterrat, der aus zwölf Mitgliedern besteht, hatte ursprünglich die Aufgabe, die Übereinstimmung der vom Parlament verabschiedeten Gesetze mit den Grundsätzen des Islam zu prüfen. Er konnte also jedes Gesetz zurückweisen und damit das Parlament nahezu völlig lahm legen. Inzwischen ist seine Macht erheblich ausgeweitet worden. Heute kann er schon im Vorfeld bei den Parlamentswahlen und der Wahl des Präsidenten bestimmen, wer an den Wahlen teilnehmen darf. Politisch unliebsame Bewerber werden als „nicht geeignet“ zurückgewiesen. Damit werden die Wahlen in der Islamischen Republik zur Farce. Bei den letzten Parlamentswahlen im April 2004 lehnte der Wächterrat mehr als 2.000 Bewerber ab, von denen die meisten dem Reformflügel angehörten. Die Folge war ein absoluter Sieg der Radikalisierung und Konservativen. Bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2005 hätte der Kandidat der Radikalisierung, Mahmud Ahmadinedschad, die Wahl vermutlich ohne die massive Zurückweisung von Bewerbern nicht gewinnen können.

Eine weitere wichtige Instanz ist der „Rat zur Feststellung der Staatsräson“, kurz „Schlichtungsrat“ genannt. Auch die Mitglieder dieses Rats werden vom Revolutionsführer ernannt. Dieser Rat, der zunächst gegründet wurde, um bei Konflikten zwischen dem Parlament und dem Wächterrat zu vermitteln, hat seit Oktober 2005 eine enorme Aufwertung erfahren. Er hat nun die Aufgabe, die allgemeinen Richtlinien der Politik festzulegen und die drei Gewalten zu kontrollieren. Damit steht der „Schlichtungsrat“ über dem Parlament, der Regierung und der Justiz und kann nach Belieben jede Entscheidung dieser Instanzen rückgängig machen.

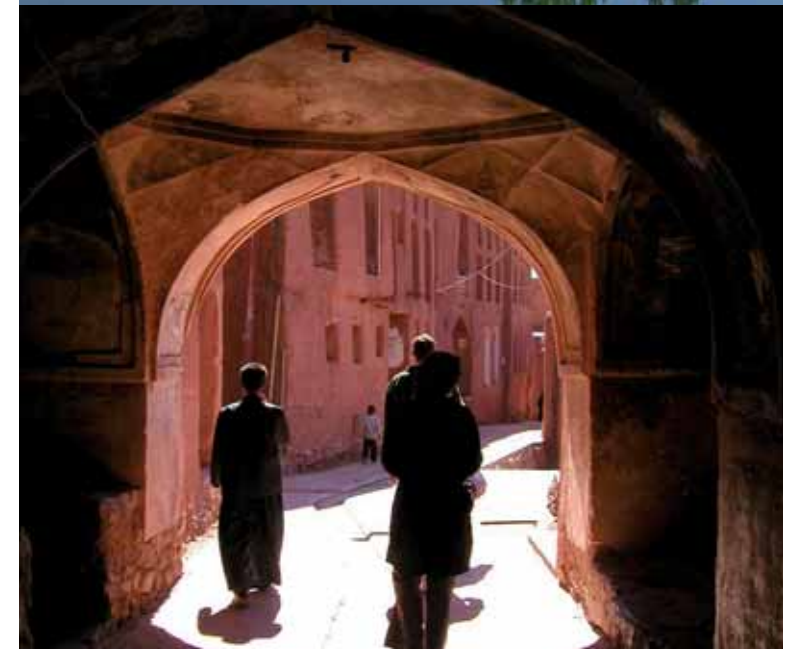
Die absolute Herrschaft der Geistlichkeit, die uneingeschränkte Macht des Revolutionsführers sowie die Vielzahl der Instanzen, die unter ihm, aber über dem vom Volk gewählten Parlament und über der gewählten Regierung stehen, führen den Begriff „Republik“ ad absurdum.

Der Widerspruch zwischen Republik und Gottesstaat nagt seit dem Bestehen der Islamischen Republik an der Substanz des Staates. Die Risse, die er erzeugt hat, werden von Jahr zu Jahr sichtbarer. Dementsprechend wächst die Spaltung nicht nur zwischen der breiten Masse des Volkes und dem Staat, sondern auch innerhalb des islamischen Lagers.

Während in den ersten Jahren nach der Revolution mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung hinter dem Staat standen, werden heute die Anhänger des Regimes auf höchstens zehn Prozent geschätzt. Und während im ersten Jahrzehnt dank Chomeinis Autorität eine mehr oder weniger homogene Macht das Land regierte, finden wir heute im islamischen Lager von Radikalisierung bis linken Reformern eine Vielzahl von miteinander rivalisierenden Strömungen vor, die sich zum Teil feindlich gegenüberstehen. Die Folge ist, dass in Iran, gesamtgesellschaftlich betrachtet, eine Theokratie herrscht, bei der jede Kritik am Gottesstaat mit harten Strafen geahndet wird. Innerhalb des islamischen Lagers haben sich jedoch Umgangsformen etabliert, die man durchaus als pluralistisch bezeichnen kann.

Im Parlament zum Beispiel werden nicht selten zwischen den Fraktionen scharfe Auseinandersetzungen geführt und heftige Richtungskämpfe ausgetragen. Sogar die ranghöchsten Funktionäre des Staates bleiben nicht von der Kritik verschont. Selbst der Revolutionsführer wurde in der letzten Legislaturperiode, in der die Reformer die Mehrheit hatten, von der Kritik nicht ausgenommen. Die öffentlichen Debatten des Parlaments werden vom staatlichen Rundfunk live übertragen. Dabei werden nicht selten Informationen preisgegeben, die für die liberal-kritische Presse sowie für die Opposition außerhalb des islamischen Lagers eine unverzichtbare Quelle bilden.

*Abb. (von oben nach unten):
Nasir-ol-Molk-Moschee aus dem 19. Jahrhundert in Shiraz
Unter der Chubi-Brücke in Isfahan
Idyllische Kleinstadt zwischen Abyaneh und Teheran
Straßendurchgang in Abyaneh*



2. Die Struktur der Macht – Kämpfe im Innern

Seit dem Tod Ayatollah Chomeinis wird die Islamische Republik de facto nicht von einem absoluten Herrscher (dem Revolutionsführer), sondern von verschiedenen Machtzentren regiert, an deren Spitze zum Teil graue Eminenzen stehen, die oft nicht einmal ein Staatsamt innehaben und selten öffentlich in Erscheinung treten. Diese Machtstruktur ist äußerst kompliziert, sie hat ihren Ursprung in der Organisationsstruktur des schiitischen Glaubens, die, anders als etwa bei der katholischen Kirche, nicht hierarchisch aufgebaut ist. Hier gibt es verschiedene autonome Instanzen, die frei Entscheidungen treffen und Anweisungen erteilen können.

Chomeini hat mit der Gründung des islamischen Staates versucht, diese Heterogenität der Macht der Geistlichkeit zu beenden und sie unter die Kontrolle des Staates zu bringen. Doch weder er selbst noch sein Nachfolger Chamenei vermochten es durchzusetzen, dass der Revolutionsführer zugleich als religiöses Oberhaupt akzeptiert wird. Allerdings genoss Chomeini als Großayatollah bereits vor der Revolution innerhalb und außerhalb der Geistlichkeit ein großes Ansehen. Seine Autorität war kaum antastbar. Das gilt nicht für seinen Nachfolger Chamenei. Er, der nie den Rang eines Großayatollahs erreichen konnte, wird in religiösen Kreisen kaum akzeptiert. Umso geringer ist seine tatsächliche Macht, obgleich

Ayatollah
Chamenei



er, formal betrachtet, an der Spitze des Gottesstaates steht und mit nahezu unbegrenzten Machtbefugnissen ausgestattet ist.

Diese heterogene Struktur der schiitischen Geistlichkeit etablierte sich nach der Revolution auch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Schicksal des Landes liegt in der Hand verschiedener Gruppen, die gemäß der Stärke ihrer Hausmacht auf politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Entscheidungen Einfluss nehmen.

Es gibt in der Islamischen Republik, trotz zahlreicher Versuche, bisher keine Partei im klassischen Sinne. Man könnte vielleicht „Die Front 2. Khordad“ (benannt nach dem Datum, an dem Chatami zum ersten Mal zum Staatspräsidenten gewählt wurde) erwähnen. Die Front war ein Versuch, alle Gruppen, die sich der Reformbewegung unter Chatami angeschlossen hatten, zu sammeln. Sie hat jedoch nie richtig funktioniert und zerfiel, bevor die zweite Amtszeit Chatamis zu Ende ging. Auch die „Moscharekat-Partei“, die größte Organisation der Reformer, die von Mohammad Reza Chatami, dem Bruder des Staatspräsidenten, geführt wird, konnte bisher nicht richtig Fuß fassen. Sie besteht zwar nach wie vor, doch alle Bemühungen, sie zu straffen und als Partei funktionsfähig zu machen, sind bisher gescheitert. Schließlich sollten „Die Mudschahedin der islamischen Revolution“ erwähnt werden, eine Organisation, die den linken Flügel im islamischen Lager vertritt und ebenfalls die Reformbewegung mitgetragen hat. Aber auch sie ist eher eine Strömung als eine Partei mit festgelegtem Programm, dem sich die Mitglieder verpflichtet fühlen.

2.1. Religiös-politische Gruppierungen

Statt Parteien gibt es eine Vielzahl von religiös-politischen Gruppierungen. Die wichtigsten werden im Folgenden kurz vorgestellt: Rohaniat-e mobarez (Kämpfende Geistliche)

keit) ist eine stark traditionell orientierte, konservative Gruppe, die vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Revolution eines der mächtigsten Machtzentren des Landes bildete. Ihre führenden Mitglieder waren und sind zum Teil zugleich Träger hoher Staatsämter. Zu ihnen zählen Männer wie der frühere Staatspräsident und jetzige Chef des Schlichtungsrats, Haschemi Rafsandschani, der ehemalige Justizchef Yazdi, der frühere Innenminister Mahdawi Kani und der frühere Parlamentspräsident Nategh Nuri.

Während des Iran-Irak-Krieges gab es eine linke Abspaltung von der Gruppe, die die Bezeichnung Rohaniun-e Mobarez (Kämpfende Geistliche) trug. Dieser Gruppe gelang es Mitte der neunziger Jahre, auch die Massen, die außerhalb des islamischen Lagers standen, für Reformen zu mobilisieren und damit die Exekutive zu erobern. Ihr Mitglied, Mohammad Chatami, wurde 1997 zum Staatspräsidenten gewählt, ein Amt, das er acht Jahre lang, bis Juli 2005, innehatte. Auch Mehdi Karubi, der frühere Parlamentspräsident, gehört dieser Gruppe an. Zurzeit ist er bestrebt, eine eigene Partei zu gründen.

Hezb-e Motalefeh-e Eslami (Partei der islamischen Koalition) ist eine extrem rechte Gruppe, deren Ursprung auf eine iranische Abzweigung der Muslimbrüder, fedaijan-e eslam, zurückgeht. Sie existierte lange vor der Revolution. Berühmt und berüchtigt wurde sie durch eine ganze Reihe von Mordattentaten gegen hohe Funktionsträger des Schah-Regimes. Vier Ministerpräsidenten, ein Minister und der populäre Publizist Ahmad Kasrafi fielen diesen Anschlägen zum Opfer.

Die Gruppe lieferte über mehr als zwei Jahrzehnte die ideologische Basis für die Fundamentalisten und spielte zudem beim militärischen Arm der Islamischen Republik, der Organisation der Revolutionswächter, eine führende Rolle. Zahlreiche Kommandanten der Revolutionswächter gehörten dieser Gruppe an.

Außerdem verfügte sie über paramilitärische Organisationen, die bei der Bekämpfung von Oppositionellen, Gegnern und Rivalen eingesetzt wurden. Inzwischen ist sie auch zu einem wirtschaftlichen Giganten gewachsen. Ein großer Teil des inländischen Schwarzmarkts befindet sich in ihrer Hand. Die iranische Handelskammer wurde jahrelang von dieser Gruppe monopolisiert. Zu den öffentlich bekannten Akteuren dieser Gruppe gehören der ehemalige Finanzminister Asgaroladi und der Oberkommandierende der Revolutionswächter, Zolghadr.

Neben der „Hezb-e Motalefeh-e Eslami“ gilt die Haghani-Schule als eine tragende Säule des schiitischen Fundamentalismus. Die Schule, auf die sich einflussreiche radikalislamistische Geistliche und Politiker berufen, hat es im Gegensatz zu der „Motalefeh“ geschafft, für Nachwuchs zu sorgen und jüngere Kräfte für sich zu mobilisieren. Vor allem ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass bei der jüngsten Präsidentschaftswahl Millionen für Ahmadi-nedschad stimmten, der ebenfalls dieser Gruppe angehört. Zentrale Figur dieser Gruppe ist der Geistliche Mesbah-e Yazdi. Auch einige Mitglieder des Wächterrats zählen zu dieser Gruppe.

Es gibt noch eine Vielzahl von Gruppen mit mehr oder weniger Einfluss, die aus Platzmangel nicht genannt werden. Erwähnt werden soll jedoch auf jeden Fall die zurzeit wichtigste Gruppe, die mit der Wahl Mahmud Ahmadi-nedschads zum Staatspräsidenten die politische Macht nahezu monopolisiert hat: die so genannte Etela'f-e Abadgran (Koalition der Aufbauenden), eine Untergruppe der vor zehn Jahren gegründeten Djamiyat-e Isargaran (Versammlung der Opferbereiten). Diese Organisation kam als Reaktion auf das Erstarken der Reformer unter Präsident Mohammad Chatami zustande. Die meisten ihrer Mitglieder gehören der Generation nach Chomeini an, einer Generation, die mit größter Hingabe und Begeisterung über zwei Jahrzehnte lang die Hauptlast

der Revolution und des Gottesstaates getragen und im achtjährigen Krieg gegen den Nachbarstaat Irak die meisten Opfer gebracht hat und nun durch die Reformbewegung die Ideale der Revolution gefährdet glaubte. Enttäuscht von den alten Weggefährten Chomeinis, die sich ihrer Meinung nach von den ursprünglichen Zielen des islamischen Staates weit entfernt hatten, machten sie sich ans Werk, den Gottesstaat zu retten und den von Chomeini vorgegeben Weg fortzusetzen.

Die Untergruppe Etela'f-e Abadgaran, die sich hauptsächlich aus Revolutionswächtern, Mitgliedern der Geheimdienste und den Basidschi-Milizen rekrutierte, trat zum ersten Mal bei den Kommunalwahlen von 2003 in Erscheinung. Dank der äußerst geringen Wahlbeteiligung, die auf die allgemeine Enttäuschung über die Reformer zurückzuführen war, eroberte sie die meisten Rathäuser. Ihren Siegeszug setzte sie bei den Parlamentswahlen von 2004 fort, bei denen sie die absolute Mehrheit errang. Bei den Präsidentschaftswahlen 2005 konnte sie ihren Kandidaten Ahmadinedschad durchsetzen, wenn auch nur durch den Ausschluss von Kandidaten, Wahlbetrug und Manipulationen. Nachträglich mutet dieser Siegeszug wie ein Putsch der Militärs und Geheimdienste an, als legaler Machtkampf kaschiert. Fest steht jedenfalls, dass der islamische Staat zurzeit von ebendiesen Radikalislamisten monopolisiert wird.

Neben diesen Gruppen gibt es zahlreiche Stiftungen, von denen einige inzwischen zu gigantischen Unternehmen gewachsen sind. Sie kontrollieren einen großen Teil der iranischen Wirtschaft, genießen außerordentliche Privilegien, zahlen keine Steuern und befinden sich außerhalb der staatlichen Kontrolle. Jede dieser Stiftungen ist mit einer oder mehreren politisch-ideologischen Gruppierungen liiert. An erster Stelle unter den Stiftungen steht Astan-e Ghods-e Razawi, die unzählige Güter und das Guthaben der Imam-Reza-Moschee in Maschad – neben Ghom der wichtigste Wall-

fahrtort des Landes – verwaltet und die Spenden von jährlich Millionen Pilgern entgegennimmt. Leiter der Stiftung ist Waez Tabasi, der kaum in der Öffentlichkeit erscheint, aber zu den einflussreichsten Männern des Gottesstaates gehört. Die Stiftung besitzt eine ganze Reihe von Konzernen und ist an unzähligen Unternehmen beteiligt. In einer ähnlichen Position befindet sich auch die Stiftung für Habenichtse und Märtyrer (gemeint sind Opfer, die beim Volksaufstand gegen den Schah oder im Krieg gegen den Irak getötet wurden oder im Kampf gegen die innere Opposition ihr Leben verloren haben).

Diese Vielfalt von mächtigen Gruppen, Organisationen und Stiftungen, die jeweils über eine eigene Hausmacht, zum Teil auch über paramilitärische Truppen, ja sogar Geheimdienste und Gefängnisse verfügen, hat dazu geführt, dass sich der Gottesstaat selbst nach einem Vierteljahrhundert nicht wirklich etablieren konnte und immer noch den Eindruck eines Übergangstaates, eines Provisoriums, erweckt.

2.2. Justiz und Menschenrechte

Die Justiz ist zwar von der Regierung und dem Parlament getrennt, sie ist aber nicht unabhängig. Ihr Chef wird nicht gewählt, sondern vom Revolutionsführer ernannt und ist nur ihm und keiner anderen Instanz gegenüber verantwortlich. Das öffnet der Willkür Tür und Tor. Auch bei den Gerichten kann von einer Gleichbehandlung keine Rede sein. Da die Richter sich nach dem islamischen Recht richten, bei dem die Gesetze unterschiedlich ausgelegt werden können, ist jedem Richter – oft sind es Geistliche – überlassen, wie er eine Straftat einschätzt, auf welche Anweisungen und Gesetze er sich dabei stützt und zu welchem Urteil er gelangt. Selbstverständlich gewährt auch ein säkularer Staat den Richtern einen gewissen Spielraum. Dieser ist jedoch viel enger als der, der einem Richter im islamischen Gottesstaat gewährt wird. So kommt es,



Ahmadinedschad vor der UNO-Vollversammlung im September 2005

dass an verschiedenen Orten gleiche Straftaten mit gravierend unterschiedlichen Strafmaßnahmen geahndet werden.

Diese Willkür, die allgemein für die islamische Gerichtsbarkeit gilt, potenziert sich bei tatsächlich oder vermeintlich politischen Straftaten. Diese werden ausschließlich vor Revolutionsgerichten behandelt. Die meisten Angeklagten dürfen zwar ihre Anwälte selbst bestimmen, doch diese erhalten selten Akteneinsicht und werden zumeist erst kurz vor Beginn des Prozesses über die konkreten Anklagepunkte informiert. Obwohl von der Verfassung vorgeschrieben, finden politische Prozesse ohne Geschworene statt. Auch die Öffentlichkeit wird in den meisten Fällen zu solchen Prozessen nicht zugelassen.

Die Zeit der Untersuchungshaft wird entgegen bestehenden Gesetzen beliebig verlängert. Dabei werden die Gefangenen räumlich isoliert, gefoltert, zu falschen Geständnissen und Selbstbezeichnungen gezwungen und zu Mitarbeit und Spitzeldiensten aufgefordert.

Es muss hinzugefügt werden, dass in den vergangenen Jahren Massenhinrichtungen, auch offiziell vollstreckte politische Todesurteile gegen Oppositionelle, nicht mehr vorgekommen sind. Demgegenüber hat es eine ganze Reihe von erfolgreichen Mordanschlägen gegeben. Öffentliche Hinrichtungen von Kriminellen, auch Todesstrafen gegen Jugendliche unter achtzehn Jahren, sind nach wie vor an der Tagesordnung, Steinigungen von Frau-

en, die gegen die sittlich-moralischen Bestimmungen verstoßen haben, sind längst nicht abgeschafft, wenngleich sie nicht so häufig wie in den Vorjahren vorkommen.

Das Recht der freien Meinungsäußerung wird permanent verletzt, nicht allein durch die Zensurbehörde, die jede Veröffentlichung verbieten kann, sondern durch willkürliche Verbote von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Filmen, durch Schließung von Verlagen und Verbote von Versammlungen. Wo diese Maßnahmen nicht greifen, werden Schlägertruppen eingesetzt, die Verlage und Zeitungsredaktionen in Brand stecken, Versammlungen sprengen, Oppositionelle bedrohen und zusammenschlagen. Die Angst vor Sanktionen zwingt Autoren, Journalisten und Verlage zur Selbstzensur. Rundfunk und Fernsehen sind durch den Staat monopolisiert. Auch eine ganze Reihe von Zeitungen und Zeitschriften werden teils offiziell, teils inoffiziell vom Staat finanziert.

Frauen sind in Iran von einer Gleichberechtigung weit entfernt. Dabei ist der Kleidungszwang, der im Westen große Aufmerksamkeit auf sich zieht, im Vergleich zu anderen Rechten, die missachtet werden, fast nebensächlich. Weit wichtiger sind die gravierenden Benachteiligungen beim Familienrecht, Sorgerecht, Erbrecht, dem Recht der freien Berufswahl, der Reisefreiheit und dergleichen mehr.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Menschenrechte in Iran nach wie vor in verschiedenen Bereichen eklatant missachtet werden, obwohl zugleich registriert werden muss, dass im Vergleich zu den ersten zwei Jahrzehnten der Islamischen Republik spürbare Veränderungen erzielt worden sind. Diese Veränderungen und gewisse Freiräume werden seit der Eroberung des Parlaments und auch der Regierung durch radikale Islamisten schrittweise wieder zurückgenommen. Wieweit die Regierung dabei gehen kann und wie die Zivilgesellschaft darauf reagieren wird, wird die Zukunft zeigen.

3. Gescheiterte Reformer: von Chatami zu Ahmadinedschad

Chomeini war sich bei der Gründung der Islamischen Republik darüber bewusst, dass sich ein islamischer Gottesstaat bzw. das System des Welayat-e Faghieh, mit den Grundsätzen einer Republik nicht vereinbaren lässt. Doch er war klug genug zu wissen, dass eine säkulare Gesellschaft, wie damals die iranische, sich nicht über Nacht islamisieren ließ. So versuchte er mehr oder weniger behutsam vorzugehen. Er ernannte den liberal-demokratisch gesinnten Mehdi Bazargan zum Ministerpräsidenten, und während dieser sich daran machte, die Scherben des gestürzten Regimes zusammenzukitten, bauten die Islamisten um Chomeini hinter den Kulissen ihren islamischen Staat auf. Diese kluge Taktik, ohne die Chomeini damals seine Ziele nicht hätte durchsetzen können, führte jedoch im Laufe der Zeit zu einer Teilung der Gesellschaft, die sich seither nicht mehr überbrücken ließ. Im Gegenteil, der Graben, zwischen dem islamischen Lager und der Mehrheit der Gesellschaft wurde immer tiefer.

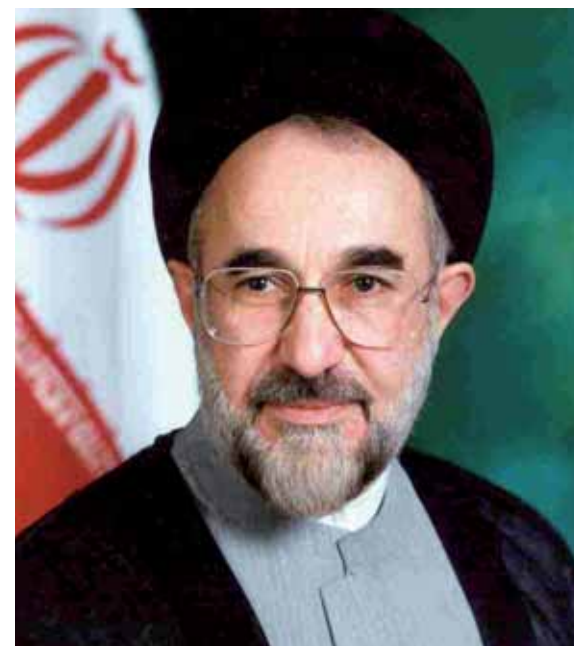
Diese Tatsache wird nicht einmal von der herrschenden Macht negiert. Für diese Teilung gibt es sogar eine offizielle Bezeichnung. Das islamische Lager wird als „Eigene“ und die übrige Gesellschaft als „Nichteigene“ bezeichnet. Die Grenzen zwischen den beiden Lagern sind dicht, nicht einmal die Reformer unter Präsident Chatami vermochten sie zu überwinden. Die „Nichteigenen“ haben zunächst mehrheitlich den Führungsanspruch des islamischen Lagers akzeptiert, umso mehr als der achtjährige Krieg gegen Irak den nationalen Zusammenhalt notwendig machte. Doch nach dem Ende des Krieges und nach dem Tod Chomeinis im Juni 1989 bröckelte die gemeinsame Front. Während das islamische Lager sich auf den Machterhalt konzentrierte, suchte der Rest der Gesellschaft nach anderen Alternativen. Trotz Unterdrückung, Repressalien und starken Einschränkungen bildeten sich in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere bei

Frauen, Jugendlichen, Künstlern, Schriftstellern und nicht zuletzt innerhalb der islamischen Geistlichkeit neue Initiativen und regierungsunabhängige Organisationen, deren gesellschaftliche Vorstellungen von denen der Islamisten weit entfernt lagen.

Erst als Chatami 1997 für das Amt des Staatspräsidenten kandidierte und eine zivile, pluralistische und demokratische Gesellschaft in Aussicht stellte, wurde die Hoffnung geweckt, das System ließe sich auf friedlichem Weg reformieren. Mehr als zwanzig Millionen sagten Ja zu Chatami, wobei dieses Ja gleichzeitig als eine eindeutige Absage an die bis dahin herrschende Macht bedeutete.

3.1. Die Ära Chatami

Chatami war kein Revolutionär, nicht einmal ein außerhalb des Systems stehender Liberaler. Er bekannte sich zu der Verfassung der Islamischen Republik, deren Substanz das System des Welayat-e Faghieh bildet. Doch gleichzeitig verkörperte er den Widerspruch dieses Systems. Denn er wollte einerseits den Gottesstaat bewahren und andererseits eine zivile, pluralistische Gesellschaft gründen. Er sprach zwar, wie



Mohammad
Chatami

einmal vor einer Versammlung von Studenten, von einem „islamischen Faschismus“, der dem Staat und dem Islam größeren Schaden zufüge als die „inneren und äußeren Feinde“. Er ließ aber die Wurzeln des Übels, das System des Welayat-e Faghieh, unangetastet. So kam es, dass er der Wucht der seitens der Islamisten freigesetzten Gewalt nichts als schöne Reden entgegen zu setzen vermochte. Chatamis Versuch, den islamischen Staat von oben zu reformieren, musste scheitern. Er und die Reformer haben es versäumt, die Zivilgesellschaft zu organisieren und auszubauen. Sie hätten die hohen Mauern zwischen den „Eigenen“ und „Nichteigenen“ niederreißen und zivile Initiativen, regierungsunabhängige Organisationen, Verbände und Gewerkschaften, die die Basis für jede demokratische Gesellschaft bilden, fördern bzw. verstärken müssen. Sie haben viel versäumt und die große Chance zu grundlegenden Veränderungen nicht ausreichend wahrgenommen. Dennoch konnte jeder feststellen, dass das Land nach acht Jahren Regierung Chatamis nicht dasselbe war, das zuvor achtzehn Jahre lang fast ausschließlich von Radikalisten bzw. Konservativen regiert wurde. In der Ära Chatami wurde Iran nach außen und innen wesentlich offener und freier.



Iranische Abgeordnete protestierten am 1.2.2003 im Parlament in Teheran gegen den Abschluss von Reformkandidaten durch den konservativen Wächterrath.

3.2. Die Regierung Ahmadinedschad

Für den Sieg Ahmadinedschads bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 2005 gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Dazu gehören sicherlich die oben genannten Fehler der Reformer, dazu gehört aber auch die Tatsache, dass die Konservativen selbst in den Jahren, in denen die Reformer sowohl die Mehrheit im Parlament als auch die Führung der Exekutive innehatten, die eigentlichen Instrumente der Macht nie aus der Hand gegeben hatten und damit jeden Versuch Chatamis, Veränderungen herbeizuführen, blockieren konnten. Die Folge war eine Pattsituation, die bei den breiten Massen im Volk ein Gefühl der Ausweglosigkeit, der tiefen Enttäuschung und Resignation erzeugte. Der Wunsch, dass der Stillstand aufhört, dass es irgendwie weitergeht, wurde zu einer allgemeinen Sehnsucht. Aber eine organisierte Opposition, die als Alternative zum Gottesstaat auftreten konnte, gab es nicht, und der Versuch, das System von innen her zu reformieren, scheiterte. Es gab nicht wenige, die aufgrund dieser Entwicklung den Vorschlag machten, sich zurückzuziehen und den Konservativen das Feld zu überlassen. Dann wären diese im Zugzwang und müssten sich den Sachzwängen stellen. In diesem Fall würden sie entweder endlich einsehen, dass

Irans Präsident
Ahmadinedschad



das Land Reformen braucht, oder sie würden gründlich scheitern. Solche und ähnliche Überlegungen führten dazu, dass etwa die Hälfte der Wahlberechtigten die Wahl boykottierten, zumal der Wächterrat ohnehin die Liste der Bewerber gründlich gefiltert und nur solche Kandidaten zugelassen hatte, die ihm politisch genehm waren. Hinzu kamen massive Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen.

Ein weiterer wichtiger Grund für den Sieg Ahmadinedschads lag darin, dass er die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes stellte und damit Millionen Erniedrigte und Benachteiligte mobilisieren konnte. Dabei standen ihm die Organisation der Revolutionswächter und die Milizenorganisation Basidschis zur Seite. Dies führte dazu, dass viele nicht ganz zu unrecht von einem „Militärputsch“ sprachen.

Es kann nicht geleugnet werden, dass die Reformer in der achtjährigen Regierungszeit Chatamis sich tatsächlich unzulänglich um soziale und wirtschaftliche Probleme des Landes gekümmert haben. Ihre These war: Solange die grundsätzlichen politischen Fragen nicht gelöst sind, können soziale und wirtschaftliche Probleme nicht gelöst werden. Über diese These lässt sich streiten. Sicher ist jedenfalls – und das haben die Präsidentschaftswahlen gezeigt –, dass sich die breiten Massen, die unter Armut leiden, eher mit wirtschaftlichen Parolen gewinnen lassen, die ihnen ein besseres Leben in Aussicht stellen, als mit politischen Parolen, die Liberalisierung und Freiheit ankündigen. Ahmadinedschad hat einen populistischen Wahlkampf geführt. Er hat den Armen Wohlstand versprochen, die Mitglieder der Vorgängerregierungen als korrupte Betrüger bezeichnet, die sich auf Kosten des Volkes bereichert und die Ideale der Revolution und die Grundsätze des Glaubens verraten haben. Er hat nationale Emotionen erweckt und Hass geschürt gegen fremde Mächte, die nichts anderes im Sinn hätten, als die schwächeren Länder zu unterdrücken,

ihren Reichtum zu rauben und ihre Kultur und ihren Glauben zu zersetzen und zu zerstören.

Seit August 2005 ist nun Ahmadinedschad im Amt, und es stellt sich heraus, dass seine Äußerungen während des Wahlkampfes nicht allein einer Taktik zuzuschreiben waren, die ihm zum Sieg verhelfen sollte. Sie gehören zu seinem Weltbild, zu einer rückwärts gerichteten Ideologie, die auf reale Gegebenheiten keine Rücksicht nimmt, die keine Differenzierungen kennt und die ganze Welt, auch die eigene Gesellschaft, in Freunde und Feinde einteilt.

Ahmadinedschads außenpolitische Stellungnahmen, insbesondere seine Attacken gegen Israel, haben überall in der Welt Empörung hervorgerufen. Das hat ihn jedoch nicht daran gehindert, nachzusetzen: Auf einem Gipfel islamischer Staaten in Saudi-Arabien sagte er, die Juden seien schließlich in Europa verfolgt worden, deshalb sollten sie ein Stück Land in Europa bekommen, zum Beispiel in Deutschland oder Österreich, und dort ihren Staat aufbauen.

Auch seine Rede auf der UN-Vollversammlung im September 2005 in New York, die er ohne jede Rücksichtnahme auf diplomatische Gepflogenheiten vortrug, erinnerte an dogmatische, mit undifferenzierten Parolen bestückte politische Stellungnahmen der sechziger Jahre. Hinzu kam sein konfrontativer Kurswechsel bei den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm. Damit hat der neue Präsident dem ohnehin nicht so hohen Ansehen Irans großen Schaden zugefügt.

Mit seinen Attacken gegen Israel und Amerikaner suchte Ahmadinedschad vor allem die Zustimmung von Palästinensern und der restlichen islamischen Welt. Je heftiger der Westen auf seine Worte reagierte, desto mehr konnte er bei diesen Menschen Beifall erhalten. Inzwischen gilt er, nicht so sehr im Iran, aber in der übrigen islamischen Welt als ein Held, der es wagt, der Supermacht USA und

Israel, der größten Militärmacht im Nahen Osten, die Stirn zu bieten.

Auch innenpolitisch ist der von ihm angerichtete Schaden beträchtlich. Er, der sich als Sprachrohr der „Barfußigen“ und „Habenichtse“ präsentiert hatte, schlug dem Parlament als Ölminister, nachdem sein erster Vorschlag für die Leitung des Ölministeriums abgelehnt worden war, einen Milliarden vor, der mehrfach wegen Korruption angeklagt worden war. Die meisten Mitglieder seines Kabinetts stammen, wie er selbst, aus dem Militär und dem Geheimdienst. Er hat sämtliche hochrangige Positionen in der Regierung neu besetzt und erfahrene Fachleute gegen politische Anfänger ausgetauscht, die zum Teil auch noch aus seiner Verwandtschaft stammen. Über Nacht entließ er zum Beispiel sämtliche Direktoren der staatlichen Banken. Die Leitung der nationalen Börse, die seit Monaten so gut wie brach lag, übertrug er einem jungen Mann im Alter von 26 Jahren. Auch die Botschafter an vierzig iranischen Auslandsvertretungen, von denen die meisten zu den Reformern gehörten, wurden durch neue ersetzt. Alle diese Maßnahmen führten zu einer Verunsicherung der iranischen Wirtschaft. Viele Unternehmer schafften ihr Kapital ins Ausland. Der wirtschaftliche Druck auf die Bevölkerung wächst. Auch der Konflikt um das Atomprogramm hat Unsicherheit und Angst verbreitet.

Die prekäre Lage hat die alten, erfahrenen Politiker aus dem Lager der Konservativen, die nun auch ihre privaten Interessen gefährdet sehen, auf den Plan gerufen. Selbst im Parlament, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit besitzen, nimmt die Kritik gegen den neuen Präsidenten zu. Die Abgeordneten lehnten mehrmals Ministervorschläge des Regierungschefs ab, darunter drei Vorschläge für das Ölministerium – in der Geschichte der Islamischen Republik ein einmaliger Vorgang.

4. Die Zivilgesellschaft

Das Scheitern Chatamis und seiner Reformen ist nicht gleichzusetzen mit dem Scheitern der allgemeinen Reformbewegung im Iran. Diese Bewegung hat, wie bereits bemerkt, spätestens nach Chomeinis Tod begonnen und sich in der Ära Chatami im ganzen Land ausgebreitet. Gerade während dieser Zeit hat das Volk ein Bewusstsein über die Substanz und den Charakter der Islamischen Republik erlangt und in der Auseinandersetzung mit diesem Regime, mit der eigenen Geschichte und Kultur und nicht zuletzt mit dem Islam die Einsicht gewonnen, dass die Alternative zu diesem Regime nur ein demokratischer und freier Staat sein kann. Chatamis großes Verdienst bestand darin, dass er mit vielen Tabus brach und dem Volk einen Freiraum gewährte, in dem eine breite öffentliche Diskussion über Sinn und Zweck eines Gottesstaates geführt werden konnte. Diese Diskussionen haben die Mehrheit des Volkes immer weiter von der Staatsführung entfremdet. Was die Mehrheit heute anstrebt, unterscheidet sich diametral von den Vorstellungen und Zielen des islamischen Staates. Daher ist es schwer vorstellbar, dass es den Islamisten, die inzwischen die Macht monopolisiert haben, längerfristig gelingen könnte, das iranische Volk zu regieren oder gar zu den alten Zeiten zurückzuführen.

4.1. Die Frauen – Keine Reformen ohne sie

Heute sind die Frauen im Iran im Allgemeinen weit emanzipierter und selbstbewusster als zu Zeiten des Schahs. Entgegen dem im Westen weit verbreiteten Eindruck spielen Frauen heute in vielen Bereichen der iranischen Gesellschaft eine herausragende Rolle. Dies haben sie, so absurd es klingen mag, nicht zuletzt der islamischen Revolution und dem Gottesstaat zu verdanken. Die Ursache für diesen Widerspruch liegt in der ambivalenten Frauenpolitik der Islamischen Republik.

Es trifft zu, dass sich die ideologische Kampf-ansage der Fundamentalisten gegen jede Art von gesellschaftlicher Emanzipation zu allererst gegen Frauen richtete. Die zunächst ausschließlich von Männern besetzte Staatsführung war von Anbeginn entschlossen, ihre rückständige Auffassung von Moral und Sittlichkeit der Gesellschaft, insbesondere den Frauen, aufzuzwingen, was für die Frauen eine Provokation, eine ungeheure Herausforderung bedeutete. Sie leisteten zunächst einen mehr oder weniger stillen und in den letzten Jahren zunehmend offenen Widerstand. Ohne diesen Widerstand wäre all das, was wir heute in Iran erleben, kaum denkbar. Gerade dieser permanente, mutige Widerstand hat aus iranischen Frauen bewusste und selbstbewusste Individuen gemacht.

Den Frauen kam der Umstand zugute, dass die Revolution ohne ihre Mitwirkung nicht hätte zum Erfolg führen können. Schon während des Volksaufstands in den Jahren 1977/78 erhielten viele Frauen zum ersten Mal in der iranischen Geschichte die Chance, Heim und Herd zu verlassen und sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Für die Geistlichkeit, allen voran für Ayatollah Chomeini, war das ein zweischneidiges Schwert. Zum einen bestand aus ihrer Sicht „die Gefahr“, dass der Einzug der Frauen in die Gesellschaft und Politik das von Männern dominierte Weltbild der Islamisten in Frage stellen, ja regelrecht untergraben könnte.



Frauen während des Gebets anlässlich des Fastenbrechens

Auf der anderen Seite konnte eine Revolution unter keinen Umständen auf die Hälfte des Volkes verzichten. So biss man wohl oder übel in den sauren Apfel. Hunderttausende, gar Millionen Frauen im schwarzem Tschador oder Kopftuch bildeten bei den Straßendemonstrationen Blöcke, die nicht kleiner waren als die der Männer. Frauen sorgten dafür, dass sich die Moscheen, die bis dahin keinen großen Zulauf verzeichnet hatten, füllten und sich beim Freitagsgebet ebenfalls Hunderttausende versammelten. Frauen wurden auch massiv für konspirative Aufgaben, wie das Verteilen von Chomeinis Botschaften auf Flugblättern und Tonbändern, aber auch das Verteilen von Waffen eingesetzt. Sie bildeten ein das ganze Land umfassendes Versorgungsnetz für Arme und Hilfsbedürftige. Die Männer fanden sich allmählich mit dieser neuen Rolle ihrer Frauen ab, ja viele von ihnen empfanden sogar ein Gefühl des Stolzes.

Auch nach der Revolution kehrten die Frauen nicht ins Privatleben zurück. Sie wurden als „Volkes Stimme“ und zur Teilnahme an Massenaufmärschen gegen das feindliche Ausland und die innere Opposition eingesetzt. Ein Jahr später erklärte Irak Iran den Krieg. Nahezu alle Aufgaben hinter der Front wurden von Frauen übernommen. Als der Krieg nach acht Jahren vorbei war, konnte sich niemand mehr das öffentliche Leben ohne die Teilnahme von Frauen vorstellen.

Bewusst über die neue Rolle, die ihnen die Geschichte zugeordnet hatte und die nicht mehr aus der Welt zu schaffen war, forderten nun die Frauen immer massiver ihre Rechte ein. Dabei ging es in erster Linie nicht um Zwangskleidung, um Tschador und Kopftuch, sondern um gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf, um das Erbrecht, Sorgerecht, Scheidungsrecht und dergleichen mehr. Der Kampf, den die Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten um diese Rechte geführt haben, hat zur Entstehung der iranischen Zivilgesellschaft einen nicht hoch genug einzuschätzenden Bei-

trag geleistet. Ohne diesen Kampf um Gleichberechtigung, der Millionen selbstbewusste, gesellschaftliche Individuen hervorgebracht hat, wäre die Reformbewegung, die schließlich zur Präsidentschaft Chatamis führte, undenkbar gewesen.

Gemessen an ihren Forderungen haben die Frauen jedoch wenig Konkretes erreicht. Aber immerhin gibt es heute an den iranischen Universitäten mehr Studentinnen als Studenten. Auch das Familienrecht wurde teilweise zugunsten der Frauen korrigiert. Zwar sind nach wie vor die höchsten Ämter des Staates den Männern vorbehalten, trotzdem muss die Tatsache, dass Frauen den Rang einer Stellvertreterin des Staatspräsidenten erreichen konnten, als Fortschritt bewertet werden. Frauen sind ebenso, wenn auch als kleine Minderheit, im Parlament vertreten, ihre Aktivitäten in der Privatwirtschaft nehmen ständig zu. Es gibt heute in Iran Hunderte Frauenverbände und zahlreiche Zeitschriften, Verlage und Internetdienste, die sich den Rechten der Frauen widmen. Islamisch orientierte Frauen sind dabei nicht minder aktiv als Frauen mit säkularer und laizistischer Auffassung.

Frauenrechte in Iran

Die UN-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, Yakin Ertürk, besuchte Iran im Januar und Februar 2005. Sie kritisierte, dass Frauen – unter ihnen Menschenrechtlerinnen – von willkürlichen Festnahmen, Folterungen und Misshandlungen betroffen waren. Insbesondere beanstandete die Sonderberichterstatterin diskriminierende Gesetze und Defizite im Justizsystem, die dazu führen, dass die Täter straffrei davonkommen und Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen fortbestehen. Der UN-Berichterstatter für das Recht auf angemessenes Wohnen, Miloon Kothari, stellte fest, dass Frauen auch bei der Wohnsituation im Iran diskriminiert werden. Ferner kritisierte er den Mangel an Einrichtungen, in denen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, Zuflucht suchen können.

Quelle: amnesty international



Parlamentswahl im Iran am 20.2.2004 in Teheran

Frauen finden immer neue Auswege, gleichgültig welche Repressalien sich die herrschenden Männer ausdenken, um den Emanzipationsdrang der Frauen zu bremsen. Die triste islamische Kleidung, die jeden erotischen Reiz verhindern soll, haben sie mit großer Phantasie inzwischen so gestaltet, dass sie weit reizvoller sein kann als Miniröcke oder Dekolletés. Dabei geht es im Allgemeinen nicht in erster Linie darum, sich zur Schau zu stellen, sondern vielmehr darum, gegen Zwangsverordnungen Widerstand zu leisten und das Individualrecht zu erkämpfen. Für Menschen, die die iranische Gesellschaft nicht kennen, ist es kaum nachvollziehbar, dass jede Haarsträhne, die vom Kopftuch unbedeckt bleibt, ein Nein zur Theokratie, ein Nein zum System des Welayat-e Faghieh bedeutet. Und dieses Nein verlangt viel Mut und die Bereitschaft zum Widerstand, was Millionen Frauen im Iran tagtäglich demonstrieren. Dasselbe gilt für junge Mädchen, die sich zum Beispiel in der Öffentlichkeit mit ihrem Freund zeigen, sich mit ihm im Park, auf der Straße oder in einem Lokal treffen. Alle diese kleinen Schritte, die in säkularen, demokratischen Gesellschaft als belanglose Selbstverständlichkeiten erscheinen, gelten im islamischen Gottesstaat als Verbotsübertretungen. Sie gewinnen daher einen politischen und kulturellen Stellenwert. Jede Normalisierung des Umgangs der Frauen in der Gesellschaft, jedes kleine Zugeständnis, das errungen wird,

Akbar Gandji

ist ein politischer Erfolg. Der zähe, unermüdliche Kampf der Frauen bildet eine wichtige Basis für Demokratie, für die allgemeine Emanzipation der iranischen Gesellschaft.

4.2. Die Jugend – Probleme einer jungen Gesellschaft

Im Bereich der Jugend ist es empfehlenswert, erst einmal jene Generation zu betrachten, die zu Beginn der Revolution im Schulalter war und heute zwischen dreißig und vierzig Jahren alt ist. Diese damaligen Kinder und heutigen Erwachsenen haben keine andere Welt erlebt als die unter der Herrschaft der Islamisten. Sie wurden im Kindergarten, in der Schule und in der Zeit ihrer Ausbildung einer massiven ideologischen Indoktrination ausgesetzt. Viele von ihnen gehörten in den Anfangsjahren der Revolution, begeistert von Chomeinis Charisma und der Turbulenz der Revolution, zu den radikalsten Verfechtern eines von Islamisten geführten Staates, zu den opferbereitesten Anhängern Chomeinis, zu den erbittertesten Gegnern liberalen und demokratischen Denkens und Handelns. Sie bejahten die Gewalt, ja verherrlichten sie sogar, sie waren bereit, für den Islam in den heiligen Krieg gegen den Irak zu ziehen und dabei als Märtyrer zu sterben. Doch inzwischen zählen gerade sie in ihrer Mehrheit zu den schärfsten Gegnern des Systems des Welayat-e Faghieh.

Als Beispiel sei hier Akbar Gandji erwähnt. Der bekannte Journalist, der wegen seiner aufklärerischen und kritischen Publikationen über fünf Jahre in Haft saß, gehörte zu Beginn der Revolution zu den Leibwächtern Chomeinis. Später war er an der Niederschlagung der auf-



klärerischen und kritischen Publikationen über fünf Jahre in Haft saß, gehörte zu Beginn der Revolution zu den Leibwächtern Chomeinis. Später war er an der Niederschlagung der auf-

ständischen Kurden im Iran beteiligt. Doch inzwischen hat er sich zu einer Symbolfigur des Widerstands entwickelt. Ähnliche unzählige Beispiele ließen sich aufzählen. Diese Generation bildete auch das Rückgrat der Reformbewegung, sie hat sich in ihrer überwiegenden Mehrheit weit von den Vorstellungen der Gründer des Gottesstaates entfernt. Dies gilt noch mehr für die ihnen nachfolgende Generation. Was die heute unter 25-Jährigen – das sind immerhin mehr als fünfzig Prozent der Bevölkerung – anstreben, ist den Zielen und Vorstellungen der herrschenden Geistlichkeit entgegengesetzt. Sie wollen endlich frei sein und sich entfalten können: ohne ideologischen Ballast, ohne den ständigen Druck einer scheinheiligen Moral, ohne Aufforderungen geistlicher Führer, mal jenen äußeren, mal diesen inneren Feind hassen zu müssen.

Die größten Probleme, mit denen die heutigen Jugendlichen konfrontiert sind, bestehen in der Arbeitslosigkeit und dem Mangel an Zukunftsperspektive. Die Jugendlichen möchten eine gute Ausbildung genießen, einen Beruf ergreifen, eine Familie gründen. All dies ist für viele nicht möglich. Viele hadern mit ihrem Schicksal, sind resigniert, greifen zu Drogen. Die Hoffnungen, die Chatami in ihnen erweckt hatte, sind dahin. Noch nie war die Drogensucht, insbesondere unter Jugendlichen, so weit verbreitet wie heute. Nach Medienberichten gibt es in Iran rund zwei Millionen Drogensüchtige.

4.3. Die Studenten

Die Studenten haben in der jüngsten Geschichte Irans stets eine wichtige Rolle gespielt. Immer standen sie an vorderster Front für Freiheit und Demokratie. Beim Volksaufstand gegen das Schahregime gehörten sie zu den ersten gesellschaftlichen Gruppen, die mit ihren Protestdemonstrationen und Kundgebungen den Weg für den allgemeinen Widerstand geebnet haben. Doch die durch



Im Dezember 2002 kam es an der Teheraner Universität zu Zusammenstößen zwischen reformorientierten und konservativen Studierenden.

den Volksaufstand erstarkte Studentenbewegung war in ihrer Mehrheit keineswegs islamisch orientiert. Die meisten Studentinnen und Studenten sympathisierten mit linken oder liberal-demokratischen Organisationen. Nach der Machtübernahme der Islamisten, die die vollständige Islamisierung auch der Universitäten zum Ziel hatte, kam es zu heftigen Kampfhandlungen. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet. Zwei Jahre lang blieben die Universitäten geschlossen. Als sie wieder eröffnet wurden, gab es nur noch regimetreue islamische Studentenvereine.

Erst im Vorfeld der Wahl Chatamis und in den ersten Jahren danach wagten sich kritische Studentenorganisationen auf die politische Bühne. Die größte unter ihnen, Tahkim-e Wahdat (Festigung der Einheit), stellte klare politische Forderungen, verlangte eine offene, freie, demokratische Gesellschaft. Die Radikalisirten witterten Gefahren für das System und setzten alle Mittel ein, um der Bewegung Einhalt zu gebieten. Im Sommer 1999 kam es nach einem Überfall auf ein Studentenheim zu den größten Unruhen seit Bestehen der Islamischen Republik. Dabei wurde ein Student getötet, mehrere verletzt. Hunderte Aktivisten wurden festgenommen, manche von ihnen befinden sich immer noch in Haft. Die Regierung Chatami, die sie so massiv unterstützt hatten, verweigerte nicht nur jede Unterstützung, Chatami selbst nahm sogar gegen die Demonstranten Stellung, was zu einer folgenschweren Enttäuschung bei den Studenten führte. Es kam zu größeren Spal-

tungen. Bis heute hat sich die Studentenbewegung von diesen Schlägen nicht erholt. Viele haben sich von der Politik verabschiedet und ihren privaten Interessen zugewendet. Doch es scheint, dass die intensiven Diskussionen und Auseinandersetzungen, die die Gruppen in den letzten zwei Jahren miteinander geführt haben, allmählich den Boden für eine Neubelebung der Bewegung bereitet haben.

4.4. Schriftsteller, Künstler, Filmemacher

Die Gründe für die immer massiver werdende Ablehnung des Systems des Welajat-e Faghieh liegen nicht allein in den politischen Einschränkungen, die dieses System dem Volk auferlegt, sondern auch darin, dass dieses System hohe Dämme errichtet hat gegen die Errungenschaften einer modernen, aufgeklärten Welt, gegen die schöpferische Phantasie und freie Entwicklung der Kultur, Kunst und Literatur. Vielleicht ist der Widerstand, der sich in den letzten zwanzig Jahren gerade in diesen Bereichen zunehmend entwickelt hat, der Widerstand der Künstler, Schriftsteller und Filmemacher, der oft unauffällige Widerstand in allen Bereichen der Kultur und Zivilisation, weit tiefgreifender und bedeutender als der politisch-ideologische. Im Gegensatz zum politischen, lässt sich der kulturelle Widerstand oft nicht

lokalisieren, daher auch nicht so leicht liquidieren. Er bahnt unterschwellig seinen Weg, verbreitet sich wie eine Schar unzähliger Viren. Für die Herrschenden in Iran war es ein Alptraum, als eines Tages Jugendliche mit dem auf T-Shirts aufgedruckten Konterfei von Michael Jackson auf den Straßen Teherans demonstrierten. Die Nachfrage nach Videofilmen ist im Iran so groß, dass die Mullahs trotz offiziellen Verbots, das sie selbst angeordnet haben, sich das Bombengeschäft nicht entgehen lassen und inzwischen den Verkauf auf dem Schwarzmarkt für sich monopolisiert haben.

Wie in allen Diktaturen genießen auch in Iran Künstler, Filmemacher und insbesondere Schriftsteller, die Kritik wagen und Widerstand leisten, eine große Popularität, sie werden zu Leitfiguren. Die Islamisten versuchen seit Bestehen der Islamischen Republik, diese Figuren durch eine rigorose Zensur, durch Einkerkierung, Folter und sogar Mord zum Schweigen zu bringen. Ganze Serien, die Abend für Abend im staatlichen Fernsehen liefen, dienten der Denunzierung von Kulturschaffenden. International bekannt sind die sogenannten Kettenmorde von 1998, bei denen das Dissidenten-Ehepaar Forouhar, die Schriftsteller Poujandeh und Mochtari und der Journalist Zalzadeh brutal umgebracht wurden. Auf Druck der Öffentlichkeit im In- und Ausland gestand das Informationsministerium, die Verbrechen seien vom Geheimdienst geplant und ausgeführt worden.

Doch trotz dieser Repressionen haben sich die Kulturschaffenden nicht einschüchtern lassen. Kunst und Literatur haben große Fortschritte gemacht und einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufklärung geleistet. Die in Iran produzierten Filme haben international eine erstaunlich hohe Anerkennung erzielt. Die neue Regierung hat zwar die Zügel der Zensur gestrafft und den Druck auf Kulturschaffende verstärkt. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass sich der Schaffensdrang der Künstler und Schriftsteller und ihr Bemühen, sich auch international behaupten zu können, bändigen lassen.



Der regimiekritische iranische Schriftsteller Farid Sorkhi war wegen angeblicher geheimer Kontakte zu europäischen Staatsangehörigen und Propaganda gegen die Islamische Republik inhaftiert.

4.5. Journalisten – Arbeit unter Repression

In der Entwicklung der iranischen Zivilgesellschaft spielen kritische Journalisten eine besondere Rolle. Trotz der strengen Zensur, trotz Verboten und harter Sanktionen ist es ihnen bisher gelungen, nicht nur die breiten Massen über die Vorgänge im Land zu informieren und die Ereignisse unter großen Risiken zu analysieren, sie haben sogar über all die Jahre hinweg praktisch die Führung der Zivilgesellschaft und die Rolle fehlender Oppositionsparteien übernommen.

Zu Beginn von Chatamis Machtübernahme erlebte die iranische Presse eine erstaunliche Blüte. Durch eine gewisse Öffnung nach innen und Lockerung der Zensur wagten sich viele Journalisten weit nach vorn, so weit, dass einige sogar das gesamte System unter die kritische Lupe nahmen. Die Islamisten reagierten zunächst mit dem Verbot einzelner Zeitungen, die allerdings wenige Tage später in derselben Aufmachung unter anderen Namen ihre Erscheinung wieder aufnahmen. Im nächsten Schritt wurden Redaktionen und Verlage von Schlägertrupps überfallen und in Brand gesteckt, einzelne Journalisten bedroht oder in Haft genommen. Schließlich entschloss sich die Justiz zu einem großen Schlag. Vom Frühjahr 2000 bis Sommer 2001 wurden mehr als hundert Zeitungen verboten und zahlreiche Journalisten hinter verschlossenen Türen zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Repressalien zeigten insofern Wirkung, als die Journalisten nun etwas behutsamer und vielleicht verschlüsselter ihre Kritik äußern, aber ihre Rolle in der Zivilgesellschaft haben sie nach wie vor inne.

4.6. Regierungsunabhängige Organisationen

Zu den Ambivalenzen des islamischen Gottesstaates gehört es, dass er einerseits äußerst

autoritär und oft mit brutaler Gewalt gegen eigene Bürgerinnen und Bürger vorgeht, andererseits aber auf die Eigeninitiative eben dieser Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist. Denn ein Regime, das durch einen Massenaufstand, durch eine der größten Revolutionen in der Menschheitsgeschichte an die Macht gekommen ist und zudem den Anspruch erhebt, das Volk nicht nur politisch zu vertreten, sondern auch für sein Seelenheil verantwortlich zu sein, kann sich nicht von den Massen trennen. Aber gerade dies ist inzwischen geschehen. Das Regime kann sich nur noch auf eine Minderheit stützen. Diesen Verlust versuchten die Reformer wieder wettzumachen. Aber sie sind am Widerstand der Rechten gescheitert.

Ungeachtet dieser Entwicklung kann man feststellen, dass Eigeninitiativen der Bürgerinnen und Bürger, soweit sie nicht politisch gegen die Obrigkeit gerichtet waren, sogar vom Staat gefördert wurden. Diese Initiativen können große Erfolge für sich verbuchen. Nicht allein, aber doch zu einem wichtigen Teil ist ihnen zu verdanken, dass es in den Provinzen bis hin zu den entferntesten Dörfern fast überall Wasser- und Elektrizitätsleitungen, Abwässerkanäle, ausgebaute Straßen und Wege, ja oft sogar Gasleitungen gibt. Auch der Kampf gegen Analphabetentum, der Bau von Schulen und medizinische Einrichtungen sind nicht selten auf den Einsatz der einheimischen Bevölkerung zurückzuführen.

Diese Initiativen haben zwar mit Abebben des revolutionären Elans spürbar nachgelassen. Dafür sind inzwischen mehrere tausend regierungsunabhängige Organisationen entstanden, die sich hauptsächlich um gesamtgesellschaftliche Fragen wie Umwelt, Frauen, Jugend, Menschenrechte oder Bildung kümmern. Diese Gruppen, die ein wichtiges Fundament für die künftige Demokratie in Iran bilden könnten, geraten nun, nach dem Scheitern der Reformer um Präsident Chatami und der Monopolisierung der Macht seitens der

Islamisten immer mehr in Bedrängnis. Die Frage ist nun, wie viele von ihnen den gegenwärtigen Sturm überstehen können.

4.7. Das Internet

Eine unschätzbare Bedeutung kommt dem Internet zu. Das Internet hat innerhalb kürzester Zeit wie ein mächtiger Strom alle Dämme gebrochen, die die Islamisten an den Grenzen rund um das Land errichtet hatten. Über das Internet ist jede Nachricht zu erhalten, die in Iran zensiert wird. Das Internet hat mit einem Schlag die Zugänge zur Außenwelt geöffnet und den Menschen im Land die Gelegenheit verschafft, ihre eigene Gesellschaft mit Abstand zu betrachten, mit Andersdenkenden im Ausland zu kommunizieren und sich über Vorgänge und Ideen in anderen Teilen der Erde zu informieren. Das Internet hat eine Revolution erzeugt, die sich im Stillen und unbemerkt von der herrschenden Macht, an den Universitäten, in Schreibstuben, an den theologischen Hochschulen und an sonstigen Orten, an denen ein PC steht, ihren Weg bahnt. Das Internet ist der Triumph der Technik über Diktaturen, die ihrem Volk das Denken verbieten und Informationen vorenthalten.

Internet-Cafe in Teheran.

Internet-Cafe neben der Moschee in Yazd



Es gibt allein in Teheran mehr als 4.000 Internetcafés und Millionen Menschen, die mehrere Stunden am Tag im Internet surfen. Diese Tatsache muss den Vertretern des Gottesstaates ein Dorn im Auge sein – sie stehen ihr aber ohnmächtig gegenüber, zumal inzwischen der Staat selbst ohne Computer nicht mehr auskommt und nicht einmal Radikalislamisten, die bis vor wenigen Jahren sogar Radio und Fernsehen als verderblich einstufte, auf diese Errungenschaft der modernen Technik verzichten wollen und können.

Die Versuche des Staates, die unliebsamen Eindringlinge aus dem Internet auszuschließen, sind bislang gescheitert. Zahlreiche Internetdienste wurden verboten und deren Betreiber eingekerkert, Weblogger wurden in der Untersuchungshaft zu Selbstbeichtungen und falschen Geständnissen gezwungen. Sie sollten aussagen, dass sie für ausländische Geheimdienste arbeiten.

Das Ministerium für Kommunikation und Technologie hat aus den USA für teures Geld Geräte gekauft, um oppositionelle Internetdienste und Weblogger und solche, die aus der Sicht der Islamisten gegen die allgemeine Moral verstoßen, zu filtern. Doch auch dieser Versuch scheiterte daran, dass die eingegebe-



nen Wörter und Begriffe, die als obszön und moralisch verwerflich eingestuft wurden, auch in medizinischen, soziologischen und anderen wissenschaftlichen Texten und – noch wichtiger – in den Hetztiraden der Gottesmänner gegen die USA und Israel sowie gegen ihre Gegner im Inland vorkamen. So fielen auch sie der Filterung zum Opfer. Nun soll eine neu gegründete iranische Gesellschaft mit dem Namen „Delta Global“ das Problem lösen. Ob aber der iranischen Staatsführung das gelingen wird, was nicht einmal die Chinesen geschafft haben, darf sehr bezweifelt werden.

4.8. Potentielle Verbündete der iranischen Zivilbewegung im Ausland

Im Gegensatz zu den Jahren, in denen sich die Islamische Republik in der Isolation befand und sich um Reaktionen aus dem Ausland nicht kümmerte, wird heute jede Stellungnahme in ausländischen Medien oder durch Regierungen, Parlamente oder regierungsunabhängige Organisationen von der iranischen Staatsführung genau registriert. Somit bleiben öffentliche Proteste oder Unterstützungserklärungen nicht ohne Wirkung. Zwar wird immer wieder betont, dass sich Iran keinem Druck von außen beugen würde. Doch die Erfahrung zeigt, dass zum Beispiel ein Dissident, der im Ausland bekannt ist, einen gewissen Schutz genießt und man mit ihm vorsichtiger umgeht als mit jenen, die außerhalb Irans unbekannt sind.

Bekanntlich lassen sich ausländische Regierungen selten dazu bewegen, sich für Einzelpersonen oder Gruppen einzusetzen. Ohnehin sind für die Regierungen in der Praxis ökonomische Interessen ausschlaggebend, Menschenrechte spielen eine sekundäre Rolle. Demgegenüber haben Parlamente einen größeren Spielraum, noch mehr aber regierungsunabhängige Organisationen. Dabei geht es nicht allein um Proteste gegen die Verletzung der Menschenrechte. Noch wichtiger sind

direkte Kontakte und ein kontinuierlicher Dialog. Es geht auch darum, die Öffentlichkeit im Ausland darüber zu informieren, dass die iranische Gesellschaft nicht mit dem herrschenden Regime identisch ist, dass es eine weit entwickelte Zivilgesellschaft gibt, die nach Freiheit und Demokratie strebt und einen Regimewechsel herbeisehnt.

Damit aber diese Zivilgesellschaft kein Abstraktum bleibt und man genauer erfährt, welche Vorstellungen und Ziele sie hat, sollten einzelne ihrer Repräsentanten im Ausland vorgestellt werden. Selbstverständlich gibt es aus dem Iran oft genug Nachrichten, die Entsetzen hervorrufen. Die permanente Verletzung der Menschenrechte, die Unterdrückung der ethnischen und religiösen Minderheiten und dergleichen mehr liefern Stoff genug, um die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Doch all das Negative sollte nicht zu Dämonisierung einer ganzen Gesellschaft führen und den Blick auf die andere Seite der iranischen Gesellschaft versperren. Es ist erstaunlich, dass in Europa so viel über den Islam diskutiert wird, aber kaum jemand die große Schar der Geistlichen und Religionswissenschaftler kennt, die mit bewundernswertem Mut um eine Reform des Islam bemüht sind. Ihre Thesen und Ansichten sind zum Teil sensationell. Die Verbreitung ihrer Schriften im Westen könnte eine wichtige Basis für eine kulturelle und geistige Annäherung zwischen dem Abendland und islamischen Staaten bilden und auch zur Lösung mancher Probleme der muslimischen Migranten in Europa beitragen.

Zu empfehlen wäre auch eine enge Zusammenarbeit mit regierungsunabhängigen Organisationen in Bereichen wie Umwelt, Frauen, Jugend und Sport. Wettkämpfe, Städtepartnerschaften, gemeinsame Forschungsprojekte, Austausch von Studenten und Wissenschaftlern, Dialoge zwischen Schriftstellern, Filmemachern und Künstlern, gemeinsame Ausstellungen und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften: All dies sind Schritte, die die

Entwicklung der iranischen Gesellschaft zur Demokratie und die Isolierung der Radikalslawisten beschleunigen könnten. Sanktionen und Gewaltandrohungen erzielen genau das Gegenteil. Sie spalten die Zivilgesellschaft und stabilisieren das herrschende Regime.

Nazanin Afshin-Jam, Exiliranerin und Miss Kanada 2003, sprach am 08.10.2006 auf dem Potsdamer Platz in Berlin während einer Protestaktion von amnesty international gegen die Todesstrafe für Minderjährige im Iran.



4.9. Islamische Reformer – verschiedene Denkrichtungen in Iran

Langfristig betrachtet, scheint für die Emanzipation und Demokratisierung der iranischen Gesellschaft das Wirken jener Kräfte am wichtigsten zu sein, die sich seit Jahren mit dem Islam auseinandersetzen und ihn zu reformieren versuchen. Denn ohne diese Auseinandersetzung wird es nicht gelingen, in die Tiefe und die Substanz der Kultur einzudringen und Veränderungen herbeizuführen. Inzwischen sind die Bestrebungen weit gediehen, den Islam zu reformieren und den Glauben an die Erfordernisse der Zeit anzupassen.

Das Bemerkenswerte an dieser Entwicklung sind nicht nur radikale Fragestellungen und entsprechend konsequente Antworten darauf, sondern bemerkenswert ist vor allem auch, dass die Auseinandersetzung mit dem Islam ganz öffentlich geführt wird und ein breites Publikum erreicht. So sind fortschrittliche Geistliche oder Religionswissenschaftler wie Abdolkarim Sorousch, Mohsen Kadivar oder Jussefi Eschkevari in Iran nicht minder bekannt als populäre Schriftsteller, Musiker oder Schauspieler.

Der Religionsphilosoph Sorousch zum Beispiel plädiert für einen säkularen Staat, für die Trennung von Staat und Religion. Alles Weltliche basiere auf Vernunft, Wissenschaft und Erkenntnis, so auch die menschliche Gemeinschaft oder die Politik. „Wenn Staat, Politik und Gesellschaft entheiligt werden und die Religion heilig bleibt, trennen sich ihre Wege“, schreibt er. „Genauso wie es keine religiöse Thermodynamik oder religiöse Geometrie geben kann, kann es auch keinen religiösen Staat und keine religiöse Verwaltung geben.“

Der Geistliche Eschkevari vertritt die Meinung, dass das gesamte islamische Recht, das sowohl auf dem Koran als auch auf Überlieferungen basiert, nicht für bare Münze genommen und eins zu eins umgesetzt werden darf. Denn die Forschung habe längst festgestellt, dass ein großer Teil der Vorschriften und Gesetze, die im Koran enthalten sind oder vom Propheten festgesetzt wurden, aus den damals lebenden arabischen Stämmen übernommen worden seien. Ausgehend von dieser Tatsache stellt er dann die Frage, wie die islamischen Vorschriften und Gesetze aussehen würden, wenn Mohammed nicht in Mekka und Medina, sondern in Athen gelebt hätte. Mit dieser Historisierung und Relativierung der bislang als unantastbar geltenden Worte Gottes widerlegt Eschkevari die These der Islamisten, die islamische Urgemeinschaft sei eine vollkommene Staatsordnung, die zu jeder Zeit und an jedem Ort realisierbar sei.

Der Geistliche Kadivar widmet sich unter anderem dem Verhältnis von Islam und Menschenrechten und äußert die Ansicht, dass es im Islam zwar Rechte für einzelne Gesellschaftsgruppen wie Geistliche, Frauen, Männer, Christen, Juden und dergleichen mehr gebe, aber kein einziges Recht, das für alle Menschen, unabhängig von ihrer Rasse, ihrem Geschlecht und ihrem Glauben Geltung hätte. Er plädiert dafür, die Menschenrechte zu übernehmen und alle Gesetze und Bestimmungen, die diesen Rechten widersprechen, als historisch und überholt zu betrachten.

Die Argumente, die von Sorousch, Eschkevari, Kadivar und anderen, die gegen die Einheit von Religion und Staat vorgebracht werden, sind einfach, plausibel und für jedermann verständlich. Deswegen werden sie – so erstaunlich das klingen mag – nicht in philosophische Bücher verbannt oder in akademischen Zirkeln und intellektuellen Hinterhöfen diskutiert, sondern in kritischen, auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften publiziert, was zur Aufklärung breiter Massen geführt hat. Bemerkenswert ist, dass eine ganze Reihe von Geistlichen, insbesondere die jüngeren unter ihnen, sich an der vordersten Front der Reformbewegung befinden und mit bewundernswertem Mut ihre Gedanken und Erkenntnisse publizieren.

Die Bedeutung der Reformer liegt darin, dass sie zwar die Gedanken der europäischen Aufklärung sehr wohl kennen und die geistigen und kulturellen Impulse aus dem Westen mit großer Neugierde aufnehmen und verarbeiten, aber den Westen nicht imitieren. Veranlasst durch die Erfahrung von mehr als zwei Jahrzehnten Islamischer Republik, haben sie die eigene Geschichte, Tradition, Kultur und Religion kritisch untersucht und daraus ihre Thesen und Ansichten formuliert. Selbstverständlich haben sie dabei die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Westen mit einbezogen. Diese Vorgehensweise ist die Erfolg versprechende Alternative zu dem unsäglichem Versuch, einem Volk Demokratie und

Freiheit von außen und unter Einsatz von Gewalt aufzuzwingen. Hilfe von außen kann nur gewährleistet werden, wenn diese Bewegung unterstützt wird, wenn man den Forderungen der Reformer, dem Kampf der Frauen um Gleichberechtigung, dem Ringen der Jugend nach Freiheit und eine bessere Zukunft, dem Streben der Künstler, Schriftsteller, Journalisten und Intellektuellen nach Freiheit, Demokratie und Menschenrechten Nachdruck verleiht und alle diplomatischen Mittel für die Durchsetzung dieser Ziele einsetzt.



Im Oktober 2006 griffen Demonstranten anlässlich des „Karikaturenstreits“ die dänische Botschaft an.



Anti-US-Demonstration anlässlich des „Jahrestags“ der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran

5. Die iranische Auslandsopposition

Während der Schah-Zeit gab es eine starke, gut organisierte iranische Auslandsopposition. Dem Dachverband Konföderation Iranischer Studenten (CIS/NU) war es gelungen, nahezu sämtliche Oppositionelle im Ausland einzubinden und verschiedene politische Strömungen auf eine gemeinsame Plattform zu einigen. Man kann mit Recht behaupten, dass der Sturz des Schah-Regimes ohne die Aktivitäten der CIS/NU zumindest in dieser Kürze der Zeit nicht möglich gewesen wäre.

Im Zuge der Revolution sind nahezu alle Mitglieder der CIS/NU mit der Hoffnung, nach dem Sturz der Diktatur endlich am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitwirken zu können, nach Iran zurückgekehrt. Aber der Monopolanspruch der neuen Machthaber und ihre ideologisch verbrämten Vorstellungen und Ziele führten zur weitgehenden Ausgrenzung der Heimkehrer. Die Folge war eine große Enttäuschung, die zahlreiche politische Aktivisten wieder ins Exil trieb. Hinzu kamen die Anhänger des Schah-Regimes, die aus Furcht vor Rache und Vergeltung ins Ausland flüchteten. Schließlich haben Millionen Iranerinnen und Iraner während des achtjährigen Iran-Irak-Kriegs ihre Heimat verlassen. Schätzungen besagen, dass im ersten Jahrzehnt nach der Revolution drei bis vier Millionen Menschen aus dem Iran ins Ausland geflüchtet sind, die meisten von ihnen nach Europa oder in die USA.

Der lange Krieg gegen den Irak, die Sorge um das tägliche Leben und die unterschiedliche politische Orientierung der Oppositionellen im Ausland ließen die Versuche scheitern, eine ähnliche Organisation wie die CIS/NU auf die Beine zu stellen. Die damalige Zersplitterung konnte bis heute nicht aufgehoben werden.

Auf der einen Seite befindet sich das Lager der Monarchisten, die von der Wiedereinführung

der Monarchie und der Rückkehr zu alten Zeiten träumen. Sie hoffen, mit Hilfe ausländischer Mächte, allen voran den USA, der Herrschaft der islamischen Geistlichkeit ein Ende setzen zu können. Man kann nicht leugnen, dass die Monarchisten im Inland eine gewisse Basis haben. Beim Vergleich der Schah-Zeit mit den Zuständen in der Islamischen Republik betrachten viele die Monarchie als das kleinere Übel. Es wird oft davon gesprochen, dass die Islamisten das Schah-Regime eingewaschen haben. Doch die Anhänger der Monarchisten, die vorwiegend älteren Jahrgängen angehören, sind kaum organisiert. Und für einen Sturz der Islamischen Republik von außen sind die Chancen äußerst gering.

5.1. Die Volksmudschahedin

Neben den Monarchisten gibt es den „Nationalen Widerstandsrat Iran“, eine Tarnorganisation für die iranischen Volksmudschahedin, die bereits vor Jahren sowohl von der EU als auch von den USA als „terroristisch“ eingestuft wurden.

Die Volksmudschahedin hatten während des iranisch-irakischen Kriegs Mitte der achtziger Jahre ihre Zelte im Irak aufgeschlagen und dort mit militärischer und finanzieller Unterstützung des Regimes von Saddam Hussein Stützpunkte errichtet, um vom Irak aus einen bewaffneten Kampf gegen das Regime in Teheran zu führen. Doch ihre zweimaligen Versuche, die Grenze zu überschreiten, wurden mit Verlust von Hunderten ihrer Mitglieder zurückgeschlagen. Dennoch wurde jede Kritik gegen dieses militärische Abenteuer im Keim erstickt, selbst wenn sie von führenden Mitgliedern vorgebracht wurde. Mitglieder, denen in den letzten Jahren die Flucht gelang, berichteten übereinstimmend, dass in den Gefängnissen, die die Organisation als „Erziehungslager“ errichtet hatte, brutal gefoltert wurde.

Die Volksmudschahedin, die an der islamischen Revolution aktiv beteiligt waren, verfügten

zunächst über eine beachtliche Basis in der Bevölkerung. Doch die Tatsache, dass sie mit dem irakischen Regime, das gegen das eigene Land Krieg führte, ein Bündnis schlossen, haben ihnen viele Anhänger nie verziehen. Hinzu kamen zahlreiche Terroranschläge in Iran, für die die Volksmudschahedin die Verantwortung übernahmen. Diese Anschläge richteten sich gegen hohe Funktionäre des Regimes, aber auch Soldaten und Zivilisten kamen dabei ums Leben.

Die Organisation, deren Ideologie eine Mischung aus Islamismus und Stalinismus darstellt, geriet nach dem Sturz Saddams und der Besetzung Iraks in eine prekäre Situation. Irakische Gruppen plädierten für die sofortige Ausweisung der Mitglieder der Volksmudschahedin mit der Begründung, dass diese bei der Niederschlagung der irakischen Opposition, insbesondere der Niederschlagung der Kurden, die irakische Armee und Geheimdienste unterstützt hätten. Die USA ordneten zwar nach der Besetzung Iraks die Entwaffnung der Volksmudschahedin an, gewährten ihnen jedoch einen „besonderen Schutzstatus“. Der stellvertretende US-Außenamtssprecher Adam Erli erklärte damals, die Volksmudschahedin würden weiterhin als terroristische Gruppe angesehen. Da sie jedoch während des Krieges nicht gegen die Koalition gekämpft hätten, würden sie, gemäß der Genfer Konvention, als „nicht kämpfend“ eingestuft. Der eigentliche Grund für die penible Einhaltung der Genfer Konvention, die bei anderen Gelegenheiten durch die USA eklatant missachtet wurde, lag vermutlich eher darin, dass Washington die Volksmudschahedin als Druckmittel gegen Teheran einsetzen wollte. Darauf deuten auch Berichte der amerikanischen Presse hin, die besagen, dass die USA seit dem Irak-Krieg den Volksmudschahedin nicht nur Schutz, sondern auch finanzielle Hilfe gewähren.

Das Programm der Volksmodjahedin spricht von demokratischen Zielen, von Menschenrechten und individuellen und gesellschaft-

lichen Freiheiten. Doch es ist höchst zweifelhaft, ob eine Organisation, die bei ihrem Bestreben nach Macht nicht davor zurückschreckt, mit einem Regime wie dem von Saddam Hussein Bündnisse einzugehen oder sich von Washington instrumentalisieren zu lassen und Kritiker aus den eigenen Reihen unterdrückt und foltern lässt, sich tatsächlich an die angekündigten Ziele halten würde.

Neben den beiden genannten Organisationen gibt es eine ganze Reihe von Gruppen, die eine breite Palette von extrem links bis national-liberal abdecken. In jüngster Zeit haben sich auch zwei Bündnisse aus linken und sozialdemokratisch orientierten Gruppen gebildet, die sich die Gründung einer demokratischen Republik im Iran zum Ziel gesetzt haben.

Außer den politischen Organisationen gibt es zahlreiche iranische Kultur- und Flüchtlingsvereine oder auch Gruppen, die sich um eine Zeitung oder eine Zeitschrift versammelt haben. Solche Gruppen hat es vor der Revolution kaum gegeben. Dass sie nun fast in jeder Großstadt in Westeuropa und in den USA existieren, macht deutlich, dass das Bedürfnis, sich mit der eigenen Kultur auseinanderzusetzen und sie zu pflegen, stark gestiegen ist.

Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan

Am 27. Oktober 2000 wurde die erste deutsch-iranische Städtepartnerschaft im Freiburger Rathaus unterschrieben. Es sind nicht nur zwei Städte, die hier aufeinander treffen. Es sind zwei liberale und tolerante Bevölkerungen, Religionen und Kulturen, die in ihren Arbeitskreisen zu Sport, Medizin, Schule oder Jugend Brücken zueinander bauen und dabei helfen, Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen. Der Austausch von Künstlern und Stipendiaten sowie gemeinsame Reisen oder Konzerte sind Möglichkeiten der Begegnung im Alltag jenseits politischer Entwicklungen.

Weitere Informationen (auch auf Persisch): www.isfahan-freiburg.de

6. Die Außenpolitik

Mit der islamischen Revolution und der Machtübernahme der Geistlichkeit geriet Iran außenpolitisch in eine nahezu totale Isolation. Die Feindschaft zum Westen, insbesondere zu den USA, die zu den Hauptsäulen der Ideologie der Islamisten gehört und Tag für Tag propagiert wurde, die Geiselnahme der Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran, auf die Washington mit einem Wirtschaftsboykott reagierte, der bis heute andauert, der Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Ägypten und der Krieg gegen den Irak, der zu einer langen Eiszeit auch in der Beziehung zu sämtlichen arabischen Staaten außer Syrien führte, brachten Iran außenpolitisch in eine Krise, die bis in die neunziger Jahre andauerte. Erst in der Ära Rafsandschani begann allmählich eine Öffnung nach außen, die in der Ära Chatami verstärkt fortgesetzt wurde. Ziel dieser Öffnung war es, die Beziehungen zu den EU-Staaten, aber auch zu Russland, China, Japan, Indien und nicht zuletzt zu den arabischen Staaten neu zu beleben und weiter zu entwickeln. Dabei standen wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Aber die Regierung war auch bestrebt, Iran international wieder salonfähig zu machen und das verlorene Ansehen des Landes wieder zurückzugewinnen. Nicht ohne Erfolg. Tatsächlich konnte es der Regierung Chatami gelingen, ihre Beziehung zu vielen Staaten zu normalisieren.

Auch mit der EU wurden Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Wirtschaftsabkommen aufgenommen und ein kontinuierlicher Dialog über Menschenrechte, Terrorismus und den Frieden im Nahen Osten geführt. Die Terroranschläge, die noch unter Rafsandschani gegen iranische Oppositionelle im Ausland durchgeführt wurden und denen eine ganze Reihe Dissidenten zum Opfer fielen, wurden eingestellt. EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien verstärkten ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Iran.

Auch die Beziehungen zu Russland, China, Japan und Indien machten erhebliche Fortschritte. Dasselbe galt für die arabischen Staaten. Selbst zwischen Teheran und Kairo bahnte sich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen an, obwohl Chomeini Ägypten wegen seiner israelfreundlichen Politik für alle Ewigkeit verdammt hatte.

Doch diese Friedenspolitik, die Iran aus der politischen und wirtschaftlich verlustreichen Isolation herausführen sollte, wurde immer wieder von den Radikalsislamisten und Konservativen torpediert. Reformer wurden bezichtigt, Ziele und Ideale des Gottesstaates und der Revolution verraten und mit ausländischen Feinden der Islamischen Republik kooperiert zu haben. Das 2004 gewählte Parlament mit der absoluten Mehrheit der Konservativen und erst recht die im Juli 2005 neu gewählte Regierung Ahmadinedschads steuern offenbar einen anderen Kurs, der mehr zur Konfrontation neigt als zur Kooperation.

Nach eigenen Angaben ist die Regierung Ahmadinedschad bestrebt, Iran zu einer Großmacht in der Region aufzubauen und damit die Führung innerhalb der islamischen Länder, die gemeinsam einen starken Block bilden sollen, zu übernehmen. Die Entwicklung im Irak und Afghanistan, Länder, in denen Iran über zunehmenden Einfluss verfügt, begünstigt dieses Vorhaben. Zudem soll Iran eine außenpolitische Wende von West nach Ost vornehmen. Das große wirtschaftliche Engagement Russlands, zu dem auch der Bau von Atomreaktoren gehört, die geplante Gas-Pipeline über Pakistan nach Indien, die Öl- und Gaslieferungen an China und die Öffnung des iranischen Marktes für chinesische Waren und Investitionen sind wichtige Meilensteine der neuen Außenpolitik. Der Streit um das iranische Atomprogramm und das Scheitern der Verhandlungen mit der EU haben diese Entwicklung begünstigt.

Ahmadinedschads feindliche Äußerungen gegen Israel bilden einen Bestandteil dieser Außenpolitik. Nach seiner Vorstellung, die er auf einer Konferenz islamischer Staaten am 8. Dezember 2005 in Mekka darlegte, haben die islamischen Staaten eine „historische Verpflichtung“, dafür zu sorgen, dass in der ganzen Welt Gerechtigkeit und Frieden herrscht. Diese historische Mission werde durch Versuche der Großmächte, die islamische Welt zu spalten, durch militärische Interventionen und nicht zuletzt „durch die Existenz zionistischer Besatzer im Herzen der islamischen Gemeinschaft“ verhindert, sagte der Staatspräsident. Diese Versuche könne man nur durch die Stärkung der Einheit islamischer Länder und islamischer Völker zunichte machen. Ein einheitlicher islamischer Block wäre in der Lage, eine starke Front zu bilden, eine Front, die nicht nur Aggressionen von außen abwehren, sondern auch die Auffassung des Islam von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden in der ganzen Welt verbreiten könnte.

Selbstverständlich gibt es gegen diese Politik erhebliche Widerstände im In- und Ausland. Abgesehen von den westlichen Staaten, die ihre Interessen im Nahen und Mittleren Osten bedroht sehen, empfinden die arabischen Staaten, insbesondere die Golfstaaten, ein Erstarken des schiitischen Iran schon längst als eine Gefahr, die gebannt werden muss. Allein die Tatsache, dass die Schiiten im Irak dominieren und möglicherweise dort, ähnlich wie in Iran, einen islamischen Staat gründen könnten, hat bereits unter den sunnitischen Staaten Befürchtungen ausgelöst, die Achse Teheran-Bagdad könnte zu ähnlichen Bestrebungen im arabischen Raum führen. Daher ist die Entwicklung, die zur Normalisierung und Intensivierung der Beziehungen Irans zu den arabischen Staaten führen sollte, in jüngster Zeit ins Stocken geraten.

Auch im Inland stößt die beabsichtigte Wende zum Osten auf Widerstand, vor allem bei jenen Kräften und Unternehmen, die in den

letzten Jahren mühsam die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen aufgebaut haben und nun auf die lukrativen Früchte dieser Beziehungen nicht verzichten wollen. Es muss betont werden, dass diese Kräfte sich nicht etwa außerhalb, sondern innerhalb des islamischen Lagers und zumeist unter den Konservativen befinden. Daher wird die Regierung es schwer haben, die geplante Wende von West nach Ost zu vollziehen.

Doch unabhängig von innenpolitischen Auseinandersetzungen scheint die Entwicklung außerhalb des Landes den Kurs der Radikalsislamisten zu begünstigen. Der jüngste Nahost-Krieg wertete die Rolle Irans in der Region eindeutig auf.



Iranischer Chefunterhändler Laridschani zu Gast bei Russlands Präsident Putin



Irans Präsident empfängt den Parlamentssprecher Nordkoreas, Che Tai Bek, 18. November 2006

7. Der Atomkonflikt

Der Kern des iranischen Atomkonflikts besteht darin, dass Iran auf seinem Recht beharrt, den gesamten Brennstoffkreislauf zum Betreiben von Atomreaktoren im eigenen Land herzustellen, während seine EU-Verhandlungspartner, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, und erst recht die USA von Iran den dauerhaften und endgültigen Verzicht auf dieses Recht fordern. Zu bemerken ist, dass Iran als Unterzeichnerstaat des internationalen Atomsperrvertrags dieses Recht zusteht, ja noch mehr: Die Internationale Atombehörde (IAEA) ist laut Vertrag verpflichtet, den Mitgliedern, also auch Iran, jede erwünschte Unterstützung für die Herstellung des atomaren Brennstoffs zu gewähren.

Iran hat immer wieder beteuert, den Brennstoff ausschließlich für friedliche Nutzung verwenden zu wollen und niemals den Bau von Nuklearwaffen geplant zu haben. Aber gerade dies wird von den Europäern bezweifelt. Die USA und noch mehr Israel äußern sogar die Überzeugung, dass Iran bestrebt sei, zu einer Atommacht zu werden. In wenigen Jahren werde das Land, wenn es nicht daran gehindert werde, dieses Ziel erreicht haben, behaupten sie.

Begründet wird diese Skepsis damit, dass Iran zwei Jahrzehnte lang seinen Verpflichtungen gegenüber der IAEA nicht nachgekommen ist und es versäumt hat, die Behörde über die Details seines Atomprogramms zu informieren. Auf der anderen Seite haben die Inspektoren der IAEA in den letzten drei Jahren bei ihren häufigen Besuchen in Iran keine handfesten Beweise finden können, die die Behauptung der USA und Israels bestätigen könnten. Ein Expertenteam hat festgestellt, dass die in Iran vorgefundenen Spuren von angereichertem Uran, wie zuvor von Teheran behauptet, tatsächlich aus Pakistan stammten.

Die Frage, ob Iran tatsächlich die Bombe plant, können nur Eingeweihte beantworten. Gründe

dafür gäbe es genug. Das Regime fühlt sich von außen bedroht. In seiner unmittelbaren oder nächsten Nachbarschaft befinden sich mehrere Atommächte, im Osten Pakistan und Indien, im Norden Russland und im Westen Israel. Zudem sind rund um die Grenzen Irans die USA militärisch präsent: im Norden in den ehemaligen Sowjetrepubliken, im Osten in Afghanistan und Pakistan, im Süden steht der Persische Golf praktisch unter der Kontrolle der US-Streitkräfte, und im Westen sind die USA in Irak als Besatzungsmacht und in der Türkei als NATO-Land präsent.

In Anbetracht dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass das Bedürfnis Irans nach Sicherheit und Möglichkeiten der Selbstverteidigung sehr hoch ist. Gerade diese Situation liefert jenen Kräften in Iran, die hinter vorgehaltener Hand den Bau der Atombombe fordern, überzeugende Argumente. Diese Argumente könnte man nur dann entkräften, wenn die internationale Staatengemeinschaft, vor allem aber die EU und die USA, Iran ausreichende Sicherheitsgarantien bieten würden.

7.1. Die Rolle der EU – Es gibt keine Alternative zum Dialog

Das EU-Trio, bestehend aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland, hat mehr als drei Jahre lang mit Iran verhandelt. Ziel der Verhandlungen war es zunächst, statt des von Washington angestrebten Weges, durch Wirtschaftssanktionen und möglicherweise eine militärische Intervention Iran zu Zugeständnissen zu zwingen, den Konflikt auf diplomatischem Weg friedlich zu lösen. Iran hatte mit den Europäern vereinbart, als „freiwillige vertrauensbildende Maßnahme“ sein Programm zur Anreicherung von Uran für die Dauer der Verhandlungen auszusetzen. Darüber hinaus erklärte sich die Regierung in Teheran bereit, das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag, das der IAEA unangemeldete Inspektionen erlaubt, zu unterzeichnen.

Aber die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Iran forderte das EU-Trio auf, spätestens bis März 2005 konkrete Vorschläge vorzulegen. Doch die Vorschläge ließen auf sich warten. Ende Juli 2005 forderte Teheran die EU-Staaten ultimativ auf, innerhalb von 24 Stunden ihre Lösungsvorschläge bekannt zu geben. Als dies nicht geschah, wurde die Anlage in Isfahan in Betrieb genommen. Hier wird der Rohstoff Uran in das gasförmige Uranhexafluorid verwandelt. Das ist die erste Stufe zur Anreicherung von Uran. Angereichertes Uran kann zur friedlichen Nutzung der Atomenergie, aber auch zum Bau von Atombomben verwendet werden.

Die nach einer Woche vorgelegten Vorschläge der EU waren für Iran sehr enttäuschend. Teheran wurde nach wie vor zum dauerhaften und endgültigen Verzicht auf die Herstellung des atomaren Brennstoffs aufgefordert. Im Gegenzug wurden dem Land umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Unterstützung von Irans Antrag zur Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) und gewisse politische und militärische Sicherheiten angeboten, wie zum Beispiel die Anrufung des UN-Sicherheitsrats im Falle eines Angriffs einer Nuklearmacht auf Iran. „Das ist das Angebot der Europäer im Bezug auf unsere militärische Sicherheit“, sagte der Chef der ira-

nischen Atombehörde, Gholamreza Aghazadeh. „Wir haben uns niemals vorstellen können, dass die EU nach anderthalbjährigen Verhandlungen uns solche Vorschläge vorlegt“, fügte er hinzu.

Teheran lehnte die Vorschläge ab, was die EU dazu veranlasste, weitere Verhandlungen abzusagen. Stattdessen initiierten London, Paris und Berlin eine Resolution, die im September 2005 vom Gouverneursrat der IAEA verabschiedet wurde. Darin wurde Iran unter Androhung der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats aufgefordert, die Anlage in Isfahan wieder stillzulegen und den Forderungen der EU zuzustimmen. Ein fester Termin für eine mögliche Weitergabe des Konflikts an den UN-Sicherheitsrat wurde nicht festgelegt. Allerdings wurde die Resolution entgegen der üblichen Praxis dieses Mal nicht einstimmig verabschiedet. Nur 22 der 35 Mitgliedstaaten stimmten dafür, zwölf Staaten, darunter Russland und China, enthielten sich, allein Venezuela stimmte dagegen.

Der Regierungswechsel in Iran im Juli 2005 und der konfrontative Kurs der Radikalisierung führten zu einer weiteren Eskalation des Atomkonflikts. Der neue Staatspräsident, Ahmadinedschad, legte einen neuen Vorschlag vor. Sein Land, sagte er auf der UN-Vollver-

Iranische Atom-anlage in Buschehr



sammlung, sei bereit, ausländische private und staatliche Unternehmen an der Herstellung des Brennstoffkreislaufs zu beteiligen. Das würde aber das Problem nicht lösen, hieß es aus Washington und Brüssel.

Auch Russland und Südafrika bemühten sich um Vermittlung. Russland schlug vor, Iran solle gestattet werden, die erste Phase der Uranumwandlung selbst zu übernehmen. Danach solle die Anreicherung in Russland stattfinden. Der so hergestellte Brennstoff solle dann nach Iran transportiert werden. Dazu nahm Teheran keine eindeutige Stellung. Solche Vorschläge könne man sich als Übergangslösung vorstellen, hieß es. Aber Iran bestehe nach wie vor auf seinem Recht, den gesamten Brennstoffkreislauf im eigenen Land herzustellen. Auf dieses Recht werde man unter keinen Umständen verzichten.

7.2. Verhärtete Fronten – Ein schwieriger Ausblick

Tatsächlich ist dieses Recht inzwischen für Iran zum nationalen Prestige geworden. Für die Menschen in Iran, selbst wenn sie der Opposition angehören, ist es nicht nachvollziehbar, warum Pakistan, Indien und Israel der Bau von Atombomben und sämtlichen Mitgliedern des Atomsperrvertrags die Herstellung des atomaren Brennstoffs gestattet wird, Iran aber dieses Recht vorenthalten werden soll. Aufgrund dieser vorherrschenden Meinung könnte es sich heute kein Politiker erlauben, den Verzicht auf dieses Recht zu empfehlen. Es muss betont werden, dass es dabei um die friedliche Nut-

zung der Atomenergie geht. Ginge es um die Herstellung von Nuklearwaffen, würde vermutlich die Mehrheit der Iraner dagegen stimmen.

Im März 2006 erreichte der Konflikt einen weiteren Höhepunkt. Zunächst zeichnete sich zwischen Moskau und Teheran eine Einigung ab. Russland hatte seinen Vorschlag zugunsten Irans ergänzt. Dem Land sollte gestattet werden, zu Forschungszwecken auf niedriger Ebene und unter verschärfter Kontrolle der Internationalen Atombehörde Uran anzureichern. Iran signalisierte Einverständnis, auch die EU-Staaten zeigten grünes Licht. Doch die USA setzten Russland unter Druck. Russland gab nach und zog seinen Vorschlag zurück. Am 7. März 2006 beschloss der IAEA-Gouverneursrat, den UN-Sicherheitsrat anzurufen.

Es vergingen Wochen, bis sich die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats auf eine Resolution einigen konnten. Am 30. März forderte der Rat Iran auf, innerhalb von 30 Tagen sein Atomprogramm vollständig einzustellen. Der Beschluss war völkerrechtlich nicht bindend, er enthielt auch keinerlei Sanktionsdrohungen.

Teheran ließ die Frist verstreichen. Am 6. Juni reiste EU-Außenbeauftragter Javier Solana mit einem Angebotspaket im Gepäck nach Teheran. Die Vorschläge, die von den EU-Außenministern ausgearbeitet und von den Veto-Mächten abgesegnet waren, ermöglichten Verhandlungen auf Grundlage gegenseitigen Respekts und Vertrauens, sagte er vor seiner Abreise. Er sei im Auftrag wichtiger Staaten unterwegs und sei davon überzeugt, dass die mitgebrachten Angebote zu einer Lösung des Atomstreits führen würden.

In dem Paket wurde dem Iran die Unterstützung des Westens beim Bau eines Leichtwasserreaktors und bei der Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie angeboten. Ferner sollte unter anderem durch Steigerung von Investitionen aus dem Ausland die Entwicklung der iranischen Wirtschaft vorangetrieben

werden. Demgegenüber sollte sich Teheran verpflichten, sämtliche Aktivitäten der Urananreicherung einzustellen. Gleichzeitig erklärte sich Washington bereit, im Falle der Zustimmung Teherans zu den Vorschlägen, künftig direkt an den Verhandlungen teilzunehmen.

Teherans erste Reaktion auf das Angebot war positiv. Man werde es genau prüfen und dazu Stellung nehmen. Später sprach man von Ungereimtheiten und Widersprüchen, die in Verhandlungen geklärt werden müssten. Aber im Grunde stand von vornherein fest, dass Teheran die Forderungen, sein Atomprogramm einzustellen, nicht akzeptieren würde.

Die Lage scheint äußerst verfahren. Zunächst ist es fraglich, ob alle ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrats ein gewaltsames Vorgehen gegen Iran befürworten würden. Russland ist in Iran wirtschaftlich stark engagiert. Der Atomreaktor in Buschehr wird mit russischer Hilfe gebaut, weitere sollen folgen. Im vergangenen November hatten Moskau und Teheran ein Abkommen über die Lieferung von Luftabwehrraketen im Wert von einer Milliarde Dollar unterzeichnet. Zudem wäre es für Russland politisch und geostrategisch ein Risiko, den Nachbarstaat Iran, das wichtigste und größte Land zwischen dem Nahen- und Mittleren Osten, zum Feind zu haben. Ähnlich verhält es sich mit China. Chinas Wirtschaftsbeziehungen zu Iran wurden in den letzten Jahren stark ausgebaut. China ist auf Energielieferungen aus Iran angewiesen. Demnach ist es wahrscheinlich, dass diese beiden ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran ablehnen würden. In diesem Fall müssten die USA, wie damals im Irak, ohne die Zustimmung des Weltsicherheitsrats aktiv werden.

Wirtschaftssanktionen oder ein militärischer Angriff würden Iran nach außen isolieren und nach innen zusammenschmieden. Eine bessere Situation könnten sich Radikalslamisten in Iran und die terroristischen Organisationen in

der Region vermutlich nicht vorstellen. Sicher ist auch, dass sich Iran gegen einen militärischen Angriff zur Wehr setzen würde und dies nicht ohne Erfolg. Denn es trifft zwar zu, dass die Islamisten ihre Basis im Volk weitgehend verloren haben, aber sie können immer noch mit Hunderttausenden rechnen, die bereit wären, für den Islam zu kämpfen und den Märtyrertod zu sterben. Mit dieser Kraft wären die Islamisten nicht nur in der Lage, das Regime zu verteidigen. Sie könnten auch in der gesamten Region einen Flächenbrand auslösen und alle potentiellen Terroristen gegen die USA und den Westen insgesamt mobilisieren.

Die beste grundsätzliche Lösung des iranischen Atomkonflikts wäre es, die gesamte Region zur atomwaffenfreien Zone zu erklären und die Herstellung des Brennstoffs für die friedliche Nutzung der Atomenergie auf bestimmte Orte zu beschränken, die unter vollständiger Kontrolle der IAEA stehen. Aber gegen einen solchen Vorschlag würden sich sicherlich alle Staaten, die bereits im Besitz der Atomwaffen sind, allen voran Israel, zur Wehr setzen. Ein solcher Plan sollte dennoch als eine Vision für die Zukunft im Rahmen eines umfassenden Friedensplans für die gesamte Region ins Auge gefasst werden.

Was den aktuellen Streit um das iranische Atomprogramm betrifft, kann eine friedliche Lösung entweder dadurch erreicht werden, dass die USA und die EU Iran ausreichende Sicherheitsgarantien sowie glaubwürdige und vertraglich festgelegte Zusicherungen zur Bereitstellung des atomaren Brennstoffs geben, oder dadurch, dass man Iran die Herstellung des atomaren Brennstoffs im eigenen Land erlaubt und gleichzeitig die IAEA-Kontrollen erheblich verschärft. Der erwähnte russische Vorschlag könnte nach wie vor die Basis für eine Einigung bieten.

Schahab-2-Raketen
während eines iranischen Manövers



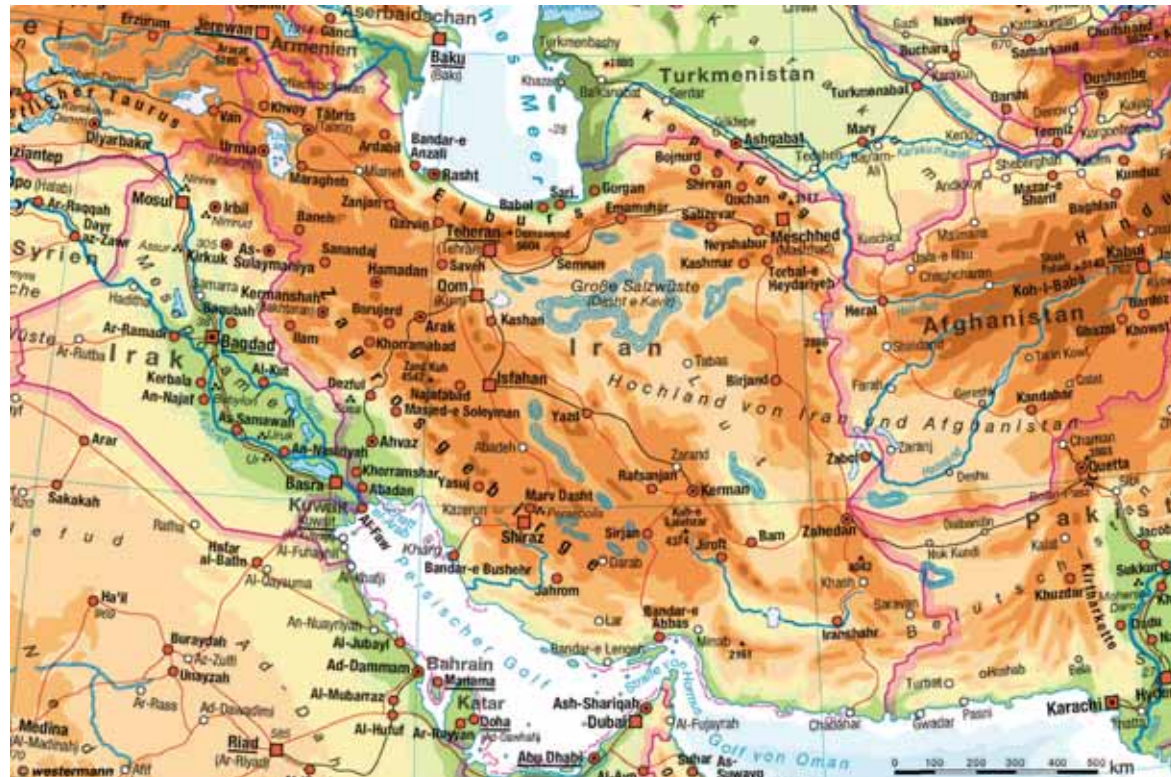
Anhang

Literaturhinweise

- Nasreen **Alavi**: Wir sind der Iran. Aufstand gegen die Mullahs; die junge persische Webblog-Szene. Köln 2005
- Katajun **Amirpur** u. Ludwig **Ammann** (Hrsg.): Der Islam am Wendepunkt. Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion. Freiburg 2006
- Shirin **Ebadi**: Mein Iran. Ein Leben zwischen Revolution und Hoffnung. Starnberg/Zürich 2006
- Lilli **Gruber**: Tschador. Im geteilten Herzen des Iran. München 2006
- Reza **Hajtpour**: Der brennende Geschmack der Freiheit. Mein Leben als junger Mullah im Iran. Frankfurt/M. 2005
- Sadek **Hedayat**: Die blinde Eule. Roman. Frankfurt/M. 2006
- Abbas **Maroufi**: Das Jahr des Aufruhrs, Geschichte einer Liebe. Roman. Frankfurt/M. 2005
- Bahman **Nirumand**: Iran - Die drohende Katastrophe. Köln 2006
- Marjane **Satrapi**: Persepolis. Eine Kindheit im Iran. Zürich 2005

Links

amnesty international: <http://www.amnesty-iran.de/>
 Auswärtiges Amt: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Iran.html
 Human Rights Watch: www.hrw.org
 UN-Menschenrechtskommissariat: ap.ohchr.org; www.unhchr.ch
 Liga zur Verteidigung der Menschenrechte in Iran: www.liga-iran.de
 AG Friedensforschung der Uni Kassel: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Iran/Welcome.html
 Radio Free Europe/Radio Liberty: www.rferl.org
 Iran-Infos: www.iran-infos.de/
 Städtepartnerschaft Freiburg-Isfahan: www.isfahan-freiburg.de



Der Autor

Bahman Nirumand, geboren 1936 in Teheran, studierte in München, Tübingen und Berlin Germanistik, Philosophie und Iranistik. 1960 promovierte er über Bertolt Brecht. Nach Abschluss seines Studiums kehrte er in den Iran zurück und arbeitete dort als Dozent für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Teheran. Dort geriet er bald mit dem damals im Iran herrschenden Schah-Regime in Konflikt und flüchtete 1965. Sein 1967 erschienenes Buch „Persien – Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der Freien Welt“ hatte großen Einfluss auf den Internationalismus der Studentenbewegung. 1979, kurz vor dem Sturz des Schah und der Machtübernahme der Islamisten, kehrte er in den Iran zurück, musste jedoch nach dreijährigem Aufenthalt abermals ins Exil gehen, zunächst nach Paris und anschließend nach Berlin.

Nirumand ist Autor zahlreicher Bücher und schreibt kontinuierlich für Die Tageszeitung, Die Neue Zürcher Zeitung und andere deutsche und internationale Blätter; zudem hat er zahlreiche Rundfunk- und Fernsehbeiträge verfasst. Er veröffentlichte unter anderem eine Chomeini-Biographie, „Mit Gott für die Macht“, sowie „Feuer unterm Pfauenthron – Verbotene Geschichten aus dem persischen Widerstand“, „Iran – hinter den Gittern verdorren Blumen“ und „Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfass Nahost“. Er hat darüber hinaus einige literarische Werke aus dem Persischen ins Deutsche übertragen, darunter Werke von Sadeq Hedayat, Gholamhossein Saedi, Samad Behrangi. Für den Unionsverlag hat er „Die Reise“ von Mahmud Doulatbadi übersetzt. Seit 2001 ist er der Verfasser des monatlich erscheinenden iran-reports der Heinrich-Böll-Stiftung.

